

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 93

FEBRUAR 1992

50 Pfennig

Bericht aus Moskau



Spartakist

Moskau, 7. November: Ein Meer von roten Fahnen am Roten Platz. Am Jahrestag der Oktoberrevolution demonstrierten rund 90 000 Menschen gegen Jelzins Konterrevolution

Sowjetische Arbeiter protestieren gegen Jelzins Schockbehandlung

MOSKAU, 18. Januar – Es sind zwei Wochen vergangen, seit durch die „Preisreform“ des russischen Präsidenten Boris Jelzin im Rahmen des „freien Marktes“ die Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs drastisch in die Höhe geschossen sind. Trotz demagogischer Versprechen, es würde reichlich Waren geben, blieben die Regale in den Läden leer, und es gibt immer noch lange Warteschlangen. Die allgemeine Wut ist fast am Überkochen. Bei seinen Reisen durch Rußland wird „Zar Boris“ überall mit Plakaten, Buhrufen und Sprechchören empfangen, die die „Liberalisierung“ der Preise angreifen. Und Jelzins politische Verbündete fangen an, sich von ihm abzusetzen und ihn zu verurteilen.

Zur gleichen Zeit zerstören die Hyperinflation, das

Horten und die Spekulation die Verbindungen zwischen Bergwerk und Fabrik, zwischen Kolchose und Lebensmittel-laden. In Moskau haben die meisten Industrieunternehmen nur noch Vorräte für weitere zwei oder drei Wochen Produktion. Jetzt, wo Jelzin und sein konterrevolutionärer Anhang die von den Imperialisten diktierte „Schockbehandlung“ durchführen, kommt die gesamte Wirtschaft zum Erliegen. Der Moskauer Fernsehsender *News One* (17. Januar) berichtet, daß Bergarbeiter im ganzen Land bereit sind zu streiken: „In Dserschinsk gibt es 18 000 Bergarbeiter, die arbeitslos sind, weil in den Minen das Stützholz ausgegangen ist“ und das Geld fehlt, neues zu kaufen. „In Armenien ist der Mangel an Benzin und Heizöl katastro-

Fortgesetzt auf Seite 17

Stürzt Jelzins Hungerregime durch proletarisch-politische Revolution!

Von Hoyerswerda über Norderstedt bis zur TU Berlin: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Seit über drei Monaten leben Flüchtlinge zusammengedrängt im Mathe-Gebäude der Technischen Universität Berlin. Sie besetzen diese Räume, weil sie Zuflucht suchen vor der rassistischen Hexenjagd, die das Vierte Reich auf Asylsuchende betreibt. Ihre Zahl stieg innerhalb von drei Monaten von ursprünglich 24 auf fast 100 an. Sie gehören 17 verschiedenen Nationalitäten an, unter ihnen sind Kurden, Türken, Rumänen, Iraker, Iraner, Guineer, Palästinenser, Mosambikaner. Einige von ihnen kommen aus Hoyerswerda, wo sie nach dem Nazi-Pogrom im September letzten Jahres von Bullen aus ihrem Wohnheim abgeschleppt wurden.

Um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, traten die Flüchtlinge im November in einen Hungerstreik, der von einigen 12 Tage lang geführt wurde. Die Lebensbedingungen sind katastrophal. Kaum hygienische Versorgung, fast kein Geld (10 Mark pro Tag, die nur aus Spendenerlösen kommen), nicht genug Essen, um satt zu werden. Die ursprünglichen 25 Essenrationen, die vom Studentenwerk zur Verfügung gestellt wurden, wurden am 21. November eingestellt. In einem Raum leben bis zu 20 Menschen, völlig isoliert von der Außenwelt, unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sobald sie einen Fuß auf die Straße setzen, können sie vom nächsten Bullen festgenommen und abgeschoben werden, wegen „illegalen“ Aufenthalts in Berlin. Was die Immigranten wollen, ist das Recht, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden und ihren Aufenthaltsort frei wählen zu können.

In Solidarität mit den Flüchtlingen bildete sich an der TU ein Antirassistisches Zentrum, wo Studenten tagtäglich die Sorgen der Asylbewerber teilen und versuchen, mit Spendensammlungen ihr Leben etwas erträglicher zu machen. Diese aufopferungsvollen Hilfeleistungen sind den Bestrebungen des Staates und der Unileitung entgegengesetzt, die Flüchtlinge auszuhungern. Trotzdem werden die Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und dauernd gefährdet. Welche Perspektive kann man anbieten, um gegen Rassismus zu kämpfen? Mit welcher

Politik können die Rechte der Asylsuchenden verteidigt werden? Nicht zufällig wird gerade von AL/Grünen die sozialarbeiterische „Bleiberecht“-Forderung mit rassistischen Einwanderungsquoten verknüpft. Immigranten und Flüchtlinge sind keine Menschen „zweiter Klasse“. Sie brauchen die gleichen Rechte, die jeder Bürger hat.

Wir Kommunisten fordern volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Dazu gehören das Recht auf politische Betätigung, das Recht auf anständigen Wohnraum, freier Zugang zu Schulen und Ausbildungseinrichtungen sowie Arbeit für alle! Um dafür zu kämpfen, müssen die Gewerkschaften mobilisiert werden. Besonders in der Industrie spielen die eingewanderten Arbeiter eine strategisch wichtige Rolle. Deshalb ist die Forderung der Autonomen nach „Selbstorganisation der Flüchtlinge“ doppelt falsch, weil sie die Immigranten zur Selbstisolation treibt und die Arbeiterklasse spaltet. Es sind die Immigranten, die die meiste Streikerfahrung mitbringen oder am besten wissen, was Imperialismus und Rassismus bedeuten. Viele von ihnen sind TU-Studenten oder schicken ihre Kinder dorthin. Sie können eine Schlüsselrolle in der Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung spielen, um die Flüchtlinge zu verteidigen.

Das Antirassistische Zentrum konzentriert sich darauf, „Druck auszuüben“. Die Besetzung der CDU-Geschäftsstelle in Berlin war zwar eine Aktion, die für Aufsehen sorgte, aber die Forderung nach einem Dialog mit Innensenator Heckelmann liefert die Immigranten nur dem Willen der herrschenden rassistischen Politiker aus. Ende Januar folgte die Besetzung der SPD-Zentrale mit der Forderung, die Sozialdemokraten sollten „endlich einen konkreten Beitrag zur Lösung des Problems beitragen und Druck auf den Innensenator Heckelmann ausüben“. Doch Momper ließ sie kalt abblitzen, und der konkrete Beitrag der SPD ist bekannt – „Sammellager“ für Flüchtlinge im Stil der KZs! Es ist gerade auch die SPD, die in trauter Eintracht mit

Fortgesetzt auf Seite 23

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 491 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 491 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 93

Februar 1992

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonnieren die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-
Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,-

Name

Adresse

Telefon

Sp 93

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Die Arbeiterklasse wird den Mord an Mete Eksi rächen!

Interview mit Familie Eksi

Am 27. Oktober 1991 wurde Mete Eksi von drei deutschen Faschisten am Kurfürstendamm ermordet. Mete war 19 Jahre alt. Zumindest zwei der Täter, über die ein schützender Mantel des Schweigens gebreitet wurde, laufen immer noch frei herum. Der Trauermarsch von mehr als 10 000 Menschen nach Metes Tod, gleichzeitig ein Schrei der Empörung gegen die Hetze auf Immigranten und Asylsuchende, wurde Opfer eines brutalen Polizeüberfalls. Die Staatsanwaltschaft „ermittelt“ jetzt gegen die überlebenden Opfer des Nazi-Überfalls wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung“. Und das notorische Lügenblatt Bild verleumdet Mete Eksi, um die Mörder reinzuwaschen.

Im folgenden drucken wir ein Interview mit der Familie Eksi vom 19. Januar. Die Arbeiterbewegung wird Mete Eksi nicht vergessen und seine Mörder einer gerechten Strafe zuführen.

Spartakist: Wir würden gerne wissen, wie Mete aufgewachsen ist und was an diesem Tag genau passiert ist.

Vater: Mete war ein vernünftiger Junge, er wurde hier in Berlin geboren, 1972, und ist hier in die Schule gegangen, und hat später seinen deutschen Paß gekriegt. An dem Tag, wo das passiert ist, hatte er vor zehn Tagen seine Abiturprüfung, die mußte er bestehen. Er hat Tag und Nacht für die Prüfung zu Hause gearbeitet. Und nach der Prüfung hat er es geschafft und hat dann zu seinem Vater gesagt: Vater, können wir heute abend ein bißchen spazierengehen mit Freunden. Und sein Vater hat gesagt, er weiß ja, daß er so viel gearbeitet hat für seine Prüfung, okay, draußen ist's ja schlimm wegen der Ausländerfeindlichkeit, also aufpassen. Und er hat gesagt, Vater, du weißt ja, ich bin gegen Ausländerfeindlichkeit, ich bin immer für Frieden. Wir gehen zum Kudamm, trinken mal einen Kaffee und kommen dann zurück.

Und da kamen die drei Deutschen, und Mete und seine zwei Freunde sprechen türkisch. Und die Deutschen haben ihm gleich gesagt, wir sind in Deutschland, hier dürft ihr nicht in türkisch sprechen. Und sie haben auch gleich schlimme Worte gesagt. Und Mete hat gesagt, wir sind Türken, okay, wir leben hier in Deutschland, aber wer hat gesagt, daß Türkisch-sprechen verboten ist. Und er hat auch vernünftig mit dem anderen reden können. Und hinterher kommen die Brüder und schlugen gleich auf seinen Kopf. Die waren drei deutsche Brüder. Fünf Minuten später kam die Feuerwehr – einer hat sie angerufen – und bringen ihn ins Martin-Luther-Krankenhaus. Und da hat der Arzt, weil es so schlimm ist, gesagt, wir dürfen hier nichts tun, bringen sie ihn zum Klinikum Steglitz. Und da war er 16 oder 18 Tage im Koma.

Spartakist: Ich habe gehört, zwei wurden freigelassen, nur einer ist im Gefängnis.

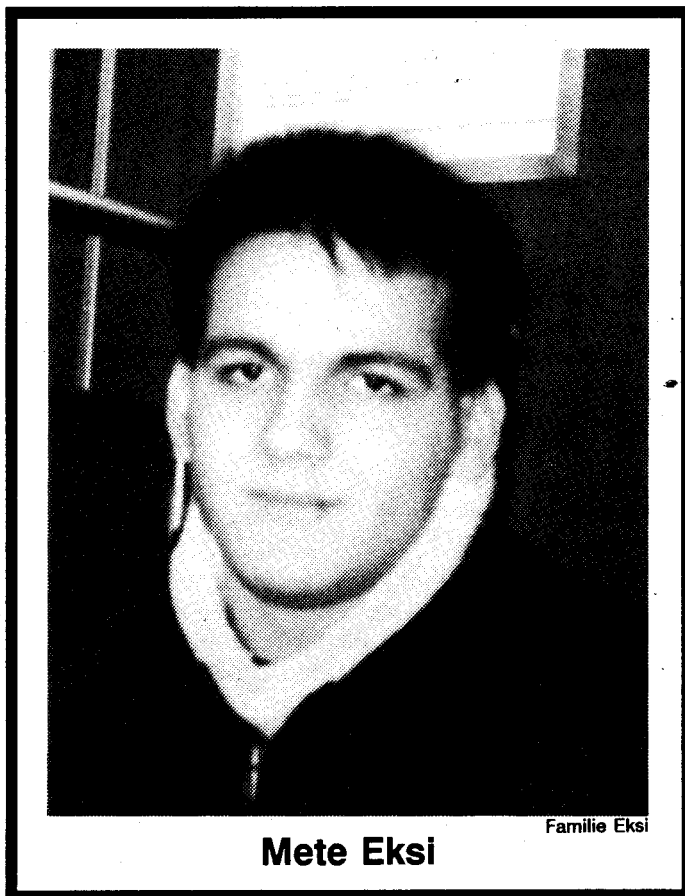
Mutter: Richtig.

Spartakist: Glauben Sie, daß nur einer das gemacht hat?

Vater: Nein, denn Mete ist stark. Alle drei haben ihn geschlagen, hundertprozentig. Mete war 1,98 m groß, und er hatte breite Schultern. Ich glaube, daß das einer nicht schaffen kann. Plötzlich kamen die anderen Brüder und haben ihn mit einem Baseball-Schläger von hinten auf der linken Seite geschlagen. Und sie haben einen Vater, der ist Polizist, in Rente, aber er ist Polizist.

Spartakist: Wie war es nach dem Mord, gab es viel Unterstützung von Freunden und Familie?

Vater: Es sind viele Leute gekommen, und jetzt immer noch. Bekannte, auch meines Sohnes. Deutsche und türkische, jeder Schüler vom Gymnasium im Osten, alle kommen, um uns zu besuchen. Sie sind auch zum Trauermarsch gekommen.



Mete Eksi

Familie Eksi

Mete ist in die Berufsschule für Wirtschaft und Verwaltungsberufe gegangen, um Fachabitur zu machen, in Ostberlin. Dort ist er seit 1991 hingegangen, nachdem ihm hier in Westberlin gesagt wurde, es gibt keinen Platz, sie müssen alles verteilen. Seine große Schwester geht jetzt auch in den Osten. In seiner Schule waren mehrere türkische Jugendliche.

Spartakist: Und was hat er dort erlebt in der Schule?

Vater: Es war alles in Ordnung, guten Kontakt. Er war zufrieden. Sie sind alle hierher gekommen, seine Klassenkameraden, mit seinen Lehrern, alle.

Der Mete hat ganz normal gelebt. Der kannte Israelis, Jugoslawen, Griechen, deutsche Freunde, jede Menge. Die Freunde sind allgemein von der Schule, vom Gymnasium, er kennt viele Leute, später hatte er viele Freunde, überall. [Ein Brief von einem Freund aus England wird herumgereicht.]

Spartakist: Der Ausgang des Prozesses gegen Ayhan Öztürk war sehr wichtig für alle, denn er bestätigt das Recht auf Verteidigung. Das war auch beim Prozeß gegen die Antifaschisten von Moabit der Fall. Es ging um das Recht, sich gegen Nazi-Angriffe zu verteidigen. Die beste Verteidigung ist in Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben. Die Faschisten sind feige. Die kommen, wenn sie in der Überzahl sind, wenn sie Rückenwind von der Regierung haben, wenn sie glauben, daß die „öffentliche Meinung“ sie unterstützt. In den Gewerkschaften muß die Verteidigung von Immigranten wirklich organisiert werden und muß dafür mobilisiert werden.

Gibt es vielleicht noch mehr Informationen, die nie in der Presse erschienen sind?

Fortgesetzt auf Seite 4



Spartakist

Familie Eksi beim Interview: „Das war keine Schlägerei, sondern richtiger Mord.“ Die Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Teil an eingewanderten Arbeitern hat die Macht, rassistischen Terror zu stoppen!

Familie Eksi...

Fortsetzung von Seite 3

Tante: Es gibt eine *Bild-Zeitung* vom letzten Freitag, wo geschrieben wurde, daß Mete und seine Freunde die Angreifer waren. Wie können sie das behaupten? Ein Polizist sagte das. Sehen Sie? Es ist eine Beleidigung. Also Trost erwarten wir, und die beleidigen uns. Wo bleiben die Menschenrechte? Also die Leute müssen uns noch beschützen vor denen. Die sind doch Polizisten. Wie können wir den Leuten vertrauen. Ich nicht mehr... Wir erwarten eine Entschuldigung dafür. Es gibt immer noch ein Tabu über die Mörder – wo bleiben die Bilder? Wenn von uns jemand was angestellt hätte, gleich kommen die Bilder. Es sind noch nicht einmal die Namen genannt. Das verstehen wir nicht.

Onkel: Und hier Barbara John. Sie kennt ja den Mete ganz gut. Mete hat ein paarmal mit ihr geredet, über: „Wie können wir die Ausländerfeindlichkeit klarkriegen“. Er hat

Redekreise veranstaltet und so... Hier gibt es ein türkisches Fernsehen. Barbara John hat denen einen Brief geschrieben, warum zeigt ihr jeden Tag diese Mete-Geschichte. Ihr macht den ganzen Türken hier die Augen auf. Sie hat gesagt, lassen sie die ruhig schlafen... Es gibt vier Fernsehsender, und das war an den einen gerichtet – weil die anderen arbeiten natürlich sowieso mit Barbara John –, der heißt BTT, in Berlin 61. Der Hausbesitzer, wo der Sender ist, ist mit Barbara John ganz freundlich, jetzt hat er BTT gekündigt.

Tante: Der Täter war sowieso verhaftet. Er hat nur einen Tag Urlaub gemacht, und dann hat er Mete ermordet. Er hat vor einigen Monaten ein türkisches Mädchen vergewaltigt, in einem Park. Warum berichten das die Zeitungen nicht? Das haben wir heimlich erfahren, von einer Zeitungsagentur. Und jetzt machen sie unseren Mete schlecht und decken es zu. Unser Junge war ein guter Junge, und das tut uns so leid.

Fortgesetzt auf Seite 23

Arbeiter: Verteidigt Cinti und Roma gegen Polizei- und Nazi-Terror!

Am 27. Januar stürmten 400 schwer bewaffnete Polizisten gleichzeitig Roma- und Cinti-Winterlager in Bad Dürrenberg, Godubba, Lützen und Kötschau. Die auf höchster Ebene koordinierten Überfälle von „Mobilen Einsatzkommandos“ aus Sachsen-Anhalt und „erfahrenen“ „Spezialeinsatzkommandos“ aus Rheinland-Pfalz wurden im Polizeifunk gegen 7.00 Uhr mit dem Kommando „Go!“ gestartet. Im „Blendschocker“-Einsatz wurden Türen aufgesprengt, die Familien wurden aus den Betten getrieben. Mehrere Wohnwagen wurden zertrümmert, sämtliche Einwohner verhaftet und ihr Eigentum konfisziert. Die Männer wurden in Polizeizellen geworfen, die terrorisierten Frauen und Kinder in eine Turnhalle. 28 bis 29 Stunden lang wurden sie dort eingesperrt, alle wurden verhört.

Jetzt müssen sich die *Opfer* dieser Nacht-und-Nebel-Aktion gegen schwerste Vorwürfe der Fahnder verteidigen. Doch blutrünstige Hetzberichte vom 30. Januar in der *Mitteldeutschen Zeitung* und im *Express* verurteilten die Cinti und Roma standrechtlich als gefährliche „Verbrecherbande“. So wird zu faschistischen Nachfaß-Über-

fällen aufgehetzt, die die brutale „offizielle“ Staatspolitik ergänzen.

Die Armutsdörfer, wo die Roma und Cinti die Winterlager ihrer Zirkusse hatten, sind völlig abgelegen, trostlos und rückständig. Die Straßen sind fast unbefahrbar. Nun sollen sie sogar von dort vertrieben werden; in Godubba stehen nur noch zwei verwüstete Wohnwagen. Doch die proletarischen Zentren von Halle bzw. Leipzig sind nur 15 Kilometer weg, das riesige Leuna-Werk weniger als 10 Kilometer entfernt. Die Cinti und Roma, Hauptziele von mörderischen nationalistischen Pogromen in ganz Ost- und Mitteleuropa, werden als „Unberührbare“ von Land zu Land und von Stadt zu Stadt hin- und hergejagt. Wir vergessen nicht, daß auch eine halbe Million von ihnen zu den Opfern des Nazi-Holocaust zählen. Die organisierte Arbeiterbewegung muß gerade die Schwächsten und Unterdrücktesten gegen den Terror des Staates verteidigen! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Stoppt den Staatsterror gegen Roma und Cinti! Stoppt den Nazi/Skinhead-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen!

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

„Arbeiter von Leuna bis BASF: Schlagt die SPD/Treuhand-Jobkiller zurück!“
Spartakisten intervenieren am 18. Januar auf IG-Chemie-Demo in Halle



Spartakist

Jetzt Leuna filetiert? Chemiearbeiter: Stoppt die Vernichtungskampagne von Treuhand/Rappe

Am 18. Januar versammelten sich etwa 5000 Chemiearbeiter von Bitterfeld, Buna, Filmfabrik Wolfen sowie Leuna in Halle. Zwei Tage davor hatten die Job-Killer der Treuhand die Ölraffinerie Leunas zusammen mit den Minol-Tankstellen an ein deutsch-französisches Konsortium verkauft. „Leuna – das Filetstück habt ihr, nehmt nun auch die Knochen“, stand auf dem Banner des Leuna-Betriebsrats, der nicht mehr als Galgenhumor anzubieten hat. Aber jeder weiß, daß die Treuhand mit dem Verkauf der wertvollsten Raffinerie die riesigen Leuna-Werke und ihre Zehntausende Arbeiter verschrotten will.

Treuhand-Vertreter und Arbeiter-Verräter Rappe kam nach Halle, um die Privatisierung zu bejubeln und die Wut der Arbeiter zum Schweigen zu bringen. Aber die Chemiearbeiter antworteten mit Hohn. Auf einer anschließenden Pressekonferenz ließ Rappe die Katze aus dem Sack: seine volle Unterstützung für den Vernichtungsplan der Treuhand. In Leuna sollen weitere 5400 Arbeiter vor Mitte dieses Jahres auf der Straße liegen. Von den 1500 Arbeitern in der verkauften Raffinerie würden nach ihrer Modernisierung ca. 800 bleiben. Die Chemieindustrie der Region würde insgesamt von 150 000 auf 20 000 kahlgeschlagen.

Chemiearbeiter kamen nach Halle, nicht um noch mehr Lügen zu hören, sondern um ein Programm zu finden, das ihre Existenzgrundlage verteidigen kann. Die Zerstörung der Leuna-Werke zusammen mit der ganzen Wirtschaft der DDR ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung. Von Anfang an hat allein die SpAD die Wahrheit darüber gesagt, was die Konterrevolution bedeuten wird, und kompromißlos dagegen gekämpft.

Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bonzen!

Die 13tägige Besetzung des Hennigsdorfer Stahlwerks zeigte, daß ostdeutsche Arbeiter entschlossen sind, ihre Arbeitsplätze zu verteidigen. Wie beim Reichsbahnerstreik 1990 war die Einheit der Arbeiter in Ost und West konkret gestellt. Genau aus dem Grund schoben die SPD-Gewerkschaftsbürokraten Überstunden, um diese Kämpfe auszuverkaufen und die Arbeiter auseinanderzuhalten.

SPD/DGB haben den Arbeiterwiderstand erstickt, während die Treuhand die ostdeutsche Industrie verwüstete. Wie Hoyerswerda zeigte, hat dies fruchtbaren Boden für die Faschisten geschaffen. Am 9. November, Jahrestag der Reichspogromnacht, kündigten sie an, in Halle, im Herzen des Chemie-Dreiecks, aufzumarschieren. Von Leuna und Buna bis Bitterfeld und Ammendorf nahmen Chemie-, Metall- und Eisenbahnarbeiter den von der SpAD unterstützten Aufruf des Komitees für soziale Verteidigung (KfSV) bereitwillig auf: Es ging darum, eine breite Arbeitereinheitsfront-Mobilisierung aufzubauen, basierend auf der Macht der Gewerkschaften, um diese monströse rassistische Provokation zu stoppen! Der DGB in Halle sah sich gezwungen, einen eigenen Aufruf für die Mobilisierung herauszubringen. Doch unter dem Druck der SPD wendete er sich am nächsten Tag um 180 Grad und sabotierte die Einheitsfront. Der Würgegriff von SPD/DGB muß gebrochen werden, um die kämpfende Einheit zu schmieden und die soziale Macht der Arbeiterklasse in Deutschland zu entfesseln.

Sogar ostdeutsche CDU-Abgeordnete wie Manfred Kolbe beschwerten sich über die Treuhand mit ihrer „Politik der verbrannten Erde“ (*Frankfurter Rundschau*, 17. Januar). In diesen Chor stimmen sowohl SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing wie auch die PDS mit ein. Vorher war Blessing Steinkühlers Leutnant im Osten. Dagegen vertritt Rappe den harten rechten Flügel von SPD/DGB. Er benutzte die IG-Chemie-Kundgebung, um die kämpferische Hennigsdorf-Besetzung und Solidaritätsaktionen zu denunzieren. Doch haben die Metall-Bürokraten, die Hennigsdorf, Zwickau und die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet ausverkauft haben, mit Horst Klaus auch ihren Vertreter in der Treuhand. Jetzt jammert Blessing: „Wir müssen weg von der Kahlschlagstrategie“, und fordert die Treuhand auf, eine „aktive Industriepolitik“ zu betreiben. Jeder Kahlschlag der Treuhand ist von SPD-Bürokraten abgesegnet, zwischen den „Genossen“ gibt es nur eine Arbeitsteilung.

Weil es unsicher war, ob IG-Chemie-Bonzen die Wut der Arbeiter unter Kontrolle halten könnten, rief die PDS

Fortgesetzt auf Seite 6

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Leuna...

Fortsetzung von Seite 5

die Arbeiter auf, am 18. Januar Rappes Lügen zuzuhören. Dafür kriegte sie kein Lob, sondern antikommunistische Hetze auf Rappes Pressekonferenz. Sie forderte „Treuhand in die Produktion“, eine Anspielung auf den bekannten Slogan mit der Absicht, Treuhand und Stasi gleichzusetzen – dieselbe Treuhand, die mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Osten vernichtete und die auch die PDS enteignete. Von Anfang an versuchte die PDS, die Werktätigen vom Kampf abzulenken mit der Behauptung, man könne die Treuhand reformieren.

PDS, SPD und einige Ost-CDUler wollen, daß die Treuhand die größten ostdeutschen Fabriken übernimmt, sie als staatliche Unternehmen betreibt und so lange „saniert“, bis sie profitabel sind und wieder verkauft werden können. So könnte man auch den Fuchs auffordern, den Hühnerstall zu „sanieren“. Die Arbeiterschaft würde sowieso drastisch reduziert, die Arbeitsbedingungen würden sich enorm verschlechtern, und die Bourgeoisie würde alles zu Schleuderpreisen in die Finger kriegen. Jetzt geben die bankrotten Reformisten der PDS selbst zu, daß sie wirklich keine Sozialpolitik haben, außer die brutale kapitalistische Konterrevolution als „Sozialstaat BRD“ zu beschönigen.

Statt Kampf hat *Neues Deutschland* am 8. Januar den wütenden Arbeitern geraten: „Abwarten, was die Treuhand auf den Tisch legt“. Aber diese empfohlene Geduld hat nur das Aus für Leuna-Arbeiter beschleunigt. Die Arbeiter des Chemie-Dreiecks müssen Kampfaktiken wie Betriebsbesetzungen und gewählte Streikkomitees mit der *Macht* der westdeutschen Arbeiter verbinden und sie für ihren Kampf mobilisieren. Der Schlüssel ist eine klassenkämpferische Führung.

Für eine Arbeiterpartei – revolutionär und internationalistisch!

Doch die ostdeutsche Wirtschaft war, trotz der Mißwirtschaft der stalinistischen Bürokratie, kein Schrotthaufen. Mit über 36 000 Mitarbeitern im Jahre 1989 erzeugte Leuna mehr als 700 Produkte und entwickelte dabei neue Produkte, die die technische Kapazität der Arbeiter demonstrierten. In den 50er Jahren ist das Leuna-Werk zur Verarbeitung von sowjetischem Rohöl übergegangen. Als dann die Öllieferungen aus der UdSSR nach 1971 schrumpften, erzielte das Werk eine optimale Veredelung des Rohstoffs. Dabei wurde ein Eigenverfahren zum Hydrosplalten entwickelt und 1986

auf dieser Basis eine neue rückstandsfreie Erdölraffinerie in Betrieb gesetzt. Darüber hinaus wurden 70 Prozent der Produktion Leunas im Westen verkauft, ihre Zerstörung durch die Treuhand ist also eine rein politische Entscheidung. Hinzuzählen muß man die unschätzbaren sozialen Errungenschaften wie Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung im Betrieb, die von der Treuhand abgeschafft wurden.

Die wirtschaftliche Existenzgrundlage von Millionen ostdeutschen Arbeitern, allen voran den eingewanderten und weiblichen Arbeitern, wird zerstört, und die Arbeiterklasse wird atomisiert durch eine rachsüchtige Bourgeoisie, die jede Erinnerung an den Sieg der Roten Armee und den daraus entstandenen Arbeiterstaat DDR ausmerzen will. Deshalb stoßen die elementarsten Kämpfe, um Arbeitsplätze oder Kinderversorgungseinrichtungen zu retten oder um den Nazi-Terror zu stoppen, auf den geballten Widerstand des *kapitalistischen Staates* und seiner Agenten in der Arbeiterbewegung, der SPD und der Möchtegern-SPD, der PDS.

Die kapitalistische Restauration in Osteuropa und Jelzins Bestreben, die sowjetische Wirtschaft zu versteigern, zerstörten die Handelsbeziehungen Ostdeutschlands. Der Konterrevolutionär Jelzin hat die Öl- und Gaslieferungen an Polen mitten im Winter abgeschnitten. Durch seine Ölraffinerie war Leuna direkt an die Wirtschaft der UdSSR angeschlossen.

Sogar im „reichen“ Westdeutschland gibt es einen kritischen Mangel an Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung, an Wohnungen und Schulen, und CDU/SPD unternehmen mit ihrer Kahlschlagpolitik alles, um die Situation noch kritischer zu machen. Die gelernten Fähigkeiten und die Produktivität der ostdeutschen Arbeiter werden dringend benötigt für ein massives Programm von öffentlichen Arbeiten, Betriebsmodernisierung und Umweltsanierung.

Diese Aufgaben erfordern eine zentralisierte Planung auch auf internationaler Ebene. Das ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse die politische und wirtschaftliche Macht der imperialistischen Bourgeoisie entreißt, deren Rivalitäten die Menschheit wieder einmal einem neuen Weltkrieg entgegenschleudern. Die Verbündeten der ostdeutschen Werktätigen sind die machtvolle westdeutsche Arbeiterbewegung sowie die polnischen und sowjetischen Arbeiter. Die SpAD kämpft dafür, die Partei aufzubauen, die den Kampf für die dringendsten proletarischen Interessen mit der Mobilisierung für die politische Macht verbindet, als Teil des Kampfes für weltweite sozialistische Revolution. ■

Schulungsreihe der SpAD

Staat und Revolution

Mittwoch, 19. Februar, 18.30 Uhr

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Mittwoch, 4. März, 18.30 Uhr

Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei!

Für proletarisch-politische Revolution gegen Jelzins Konterrevolution!

Mittwoch, 18. März, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6

1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

Trotzki hatte recht:

Wie der Stalinismus das Erbe der Oktoberrevolution untergrub

Die folgende Rede hielt Jim Robertson, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) auf einer Veranstaltung am 17. November 1991 in Kalifornien für den Lenin-Trotzki-Fonds. Sie wurde für die Veröffentlichung überarbeitet und erschien zuerst in Women and Revolution Nr. 40, Winter 1991/92.

Es gibt zwei große Männer in der russischen Geschichte, die westliche Zivilisation einführt: der eine war Peter der Große und der andere war Lenin. Sie orientierten sich am Westen nicht in dem Sinne, daß sie eine koloniale Abhängigkeit für die russischen Gebiete schaffen wollten, sondern beide sahen die ungeheure Rückständigkeit Rußlands – der eine zu einer Zeit, als die Alleinherrschaft auf der Tagesordnung stand, und der andere, als das Proletariat zu einem bedeutenden Faktor geworden war – und versuchten deshalb, jeder auf seine Weise und zu seiner Zeit, Rußland zu modernisieren.

Im Fall von Lenin geschah dies nicht auf einer nationalistischen Grundlage, nicht um die Türken, die Preußen und die Schweden zu schlagen, sondern um eine neue Weltordnung zu schaffen, wie sie Marx und Engels grob umrissen hatten, in der man die Vorherrschaft zwischen den imperialistischen Mächten und die Notwendigkeit für nationale Kämpfe um die Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit abschaffen würde. Dies legte die Grundlage für die Kommunistische Internationale. Ich benutze Lenins Namen als Kürzel für die gesamte bolschewistische Partei, deren unangefochtener Führer er war. Bei diesem Bestreben hatte er sehr viele Mitstreiter.

Die moderne russische Geschichte beginnt mit dem Dekabristen-Aufstand von 1825, als Teile des Offizierskorps und die ersten Keime einer am Westen orientierten Intelligenz sich dem erbitterten Widerstand des Zarismus gegenübersehen und Putschpläne schmiedeten. Dies endete damit, daß sie hingerichtet oder nach Sibirien deportiert wurden. Den Dekabristen ging es nicht um die zaristischen Intrigen in Europa – nämlich wie man die Österreicher gegen die Franzosen gegen die Preußen und den Rest ausspielen kann. Sie hatten Schlußfolgerungen gezogen aus Rußlands Erweiterung des Landes um mehrere tausend Kilometer nach Osten; sie waren zum Beispiel begeistert über die Ostexpansion nach Sibirien bis nach Alaska. Ich weiß nicht, ob sie sich über den Grund bewußt waren, warum Rußland um Tausende von Kilometern Land expandieren konnte und dabei die einheimischen Völker einfach absorbierte. Der Grund war, daß die Russen im Pelzhandel engagiert waren, und sie versuchten nicht, die Einheimischen umzubringen oder kulturell umzuwandeln, sondern sie als Hilfskräfte anzuheuern, die tun konnten, was sie schon seit Generationen ihr ganzes Leben lang getan hatten. Es waren einfach gesteigerte Aktivitäten des Jagens und Sammelns, nur diesmal für den Weltmarkt. Aus ähnlichen Gründen, aber ganz entgegengesetzt zu den Praktiken der britischen Imperialisten, vermischten sich die Russen sexuell mit den Einheimischen, die Kinder wurden Iwan genannt und getauft. Es gab also einen Prozeß von organischer Absorption,

und daher erstreckt sich die Sozialistische Republik Rußland bis zur Halbinsel Kamtschatka, bis zum Pazifik. Bis heute haben amerikanische baptistische Missionare Schwierigkeiten mit den Aleuten auf den gleichnamigen Inseln, die seit einer Ewigkeit beharrlich an der alten Bibel ihrer Vorfahren festhalten, die nun mal in kyrillischer Schrift ist.

Der zaristische Hof und sein Gefolge verfolgten eine andere Richtung. Rußland war sicher seit der Zeit von Peter dem Großen ein starker Staat. Die Alleinherrschaft und die Kirche waren dem Zarenreich selbst untergeordnet,



Wladimir Iljitsch Lenin: Sein Name steht für die bolschewistische Partei, die die Oktoberrevolution führte

und die Adelstitel ergaben sich aus dem Dienst am kaiserlichen Hof und in der Reichsverwaltung. Im 19. Jahrhundert wuchs eine Intelligenzia heran, zusammen mit einer Gegenströmung zum slawischen Mystizismus. Aus diesem Grund kann ich Lenin zu Recht einen westlichen Zivilisator nennen, denn er hat gerade diese reaktionäre Strömung bekämpft, die von einer besonderen slawischen Seele geredet hat und davon, daß man alles Westliche vermeiden müsse.

Lenin hat einen kleinen Aufsatz geschrieben, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ (*Werke* Bd. 19, März 1913), in dem er über die marxistische Bewegung sagt: „Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.“ Dabei bezog er sich auf die wiederholten Revolutionen, die seit 1789 in den Großstadtgebieten Frankreichs stattgefunden hatten. Und er orientierte sich auf das junge, aber sehr konzentrierte Proletariat, das in verschiedenen Teilen des zaristischen Reichs heranwuchs.

Durch die Erfahrung der Revolution von 1905 und durch die Katastrophen, die die russische Regierung im Ersten

Fortgesetzt auf Seite 8



Poster der Roten Armee von 1920 ruft die Rekruten aus der Arbeiterklasse auf, zu lernen, um militärische Führer zu werden. Die Besten des sowjetischen Proletariats gaben ihr Leben im erbitterten Bürgerkrieg

Stalinismus...

Fortsetzung von Seite 7

Weltkrieg mitmachte, gruppierten sich die Bolschewiki neu im Verlauf einer allgemeinen sozialen Revolution, einer sich in die Länge ziehenden Revolution des Volkes. Der Aufstand vom Oktober 1917 war ein Coup, der geplant wurde, nachdem alle Zwischenkräfte versucht hatten, verschiedenerlei Kompromisse zwischen der alten Ordnung und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und, in einem erheblichen Maße, der Bauernschaft zu machen – Bedürfnisse, die nie befriedigt werden konnten. Jede Regierung (am typischsten Kerenski) erfüllte weiterhin ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber den Alliierten und schickte weiterhin unaufhörlich Millionen von Männern gegen die beim Morden allzu leistungsfähige deutsche Armee.

Der Coup war sehr erfolgreich – schnell und weitgehend friedlich in Leningrad und genauso kurz, aber nicht ganz so friedlich in Moskau – und wurde überall in der Sowjetunion einfach akzeptiert, bis nach Wladiwostok. Die weißgardistischen Offiziere und deren Berater und Geldgeber von den Alliierten brauchten sechs Monate, um mit der Aufstellung einsatzbereiter Weißer Armeen anzufangen, die dann im Sommer 1918 in den Kampf geschickt wurden. Rußland erlebte einen Bürgerkrieg, der das Land schrecklich geschwächt hat. Die Bolschewiki haben ihn gewonnen: sie hatten die inneren Linien der Kommunikation, und als es darauf ankam, fand die Masse der russischen Bauernschaft, obwohl für sie ziemlich viele Ideen der Bolschewiki nicht allzu verlockend waren, daß das immer noch besser sei als das, was die Zaristen anzubieten hatten.

Aber die russische Industrie war schwer angeschlagen und hatte praktisch aufgehört zu existieren. Die paar hunderttausend Arbeiter, die an der Spitze der Revolution von 1917 gestanden hatten, existierten im großen und ganzen nicht mehr als eine Arbeiterklasse. Sie starben oder sie wurden zur Verwaltung oder besonders zur Armee eingezogen. Es gab keinerlei Rohstoffe für die Fabriken, außer denen, die ausschließlich für den Bürgerkrieg anders verwendet wurden. Als der Bürgerkrieg so gut wie gewonnen war (unter der Politik des Kriegskommunismus, die einfach eine rücksichtslose Beschlagnahmung der bäuerlichen Produkte war), signalisierte der Aufstand von Kronstadt das Ende des Krieges und die wachsende Unzufriedenheit der Bauernschaft. Es war ein Aufstand von Matrosen, von Bau-

ernjungen, die man während des Krieges in diese sichere Gegend gesteckt hatte, um die bolschewistischen Matrosen zu ersetzen, die an die Front gegangen waren oder auf andere Weise der Revolution dienten.

Die Partei der Bolschewiki führte damals schon eine Debatte über einen neuen Kurs, führte aber inzwischen die Politik des Kriegskommunismus aus Trägheit weiter. Der Kronstädter Aufstand markierte den Anfang von rund 50 Jahren alternativer Interpretation der Sowjetunion, wonach sie etwas anderes sei als ein Arbeiterstaat. Zu dem Zeitpunkt begannen die Anarchisten, eine dritte Revolution zu fordern. Eine theoretische Interpretation nach der anderen, daß die Sowjetunion kein Arbeiterstaat mehr sei, wurde in Umlauf gebracht. Wenn die staatskapitalistischen Strömungen die Sowjetunion als Arbeiterstaat abschrieben, stützten sie sich auf etwa drei verschiedene – und zwar mehr oder weniger zueinander entgegengesetzte – Punkte eines qualitativen Abweichens.

Inzwischen ging in der UdSSR etwas sehr Schlimmes vor. Ohne den politischen Ballast des Proletariats erlebten alle Parteien außer den Bolschewiki mehr oder weniger eine Polarisation (ausgenommen Martows Linke Menschewiki, die immer noch den Mittelweg hinuntertaumelten). Einige Gruppen wurden einfach konterrevolutionär, während der andere Flügel, wie einige Linke Sozialrevolutionäre und einige Linke Menschewiki, zur Partei der Bolschewiki überwechselte. So wurde die bolschewistische Partei zum Hüter solcher revolutionären Tugenden, wie sie in der Sowjetunion weiter existierten. Doch inzwischen fand in der Sowjetunion eine Entartung statt, zusammen mit verschiedenen persönlichen Veränderungen.

Der Tod von Swerdlow und die Krankheit von Lenin ermöglichten in erheblichem Maße die Konzentration der administrativen Macht in den Händen einer recht unbedeutenden Figur, bekannt als J.W. Stalin. Eigentlich war er ein Georgier namens Dschugaschwili, aber wie manche Personen aus Halbkolonien war er ein größerer Vertreter des großrussischen Chauvinismus als der normale Russe. Im Herbst 1923 führten der wachsende Druck des wirtschaftlichen Durcheinanders, die Desorganisation der Bauernschaft und der Mangel an Industrieprodukten zur „Scherenkrise“, wie es Trotzki nannte. Wenn die Schere geschlossen ist, dann liegen die Preise für Industriegüter und Agrarprodukte dicht beieinander. Aber wenn die Preise für Industriegüter steigen und für Agrarprodukte fallen, öffnet sich die Schere,

und bei den Bauern gibt es wachsende Unzufriedenheit.

Also gab es eine große Debatte in der bolschewistischen Partei. Die Debatte wurde rasch abgewürgt; bis dahin hatte die Bürokratie in der Sowjetunion genügend Selbstbewußtsein entwickelt, um damit anzufangen, gemeinsam vorzugehen. Im Januar 1924 gab es eine Parteikonferenz, wo die Bürokratie, um der Partei ihre Faust zu zeigen, den Delegiertenschlüssel völlig willkürlich festlegte. Starke Kräfte der Kommunistischen Partei in Leningrad und Moskau standen in Opposition zur Verwaltung, die damals – Lenin war außer Gefecht – in den Händen von Sinowjew, Kamenew und Stalin lag. Diese drei bildeten eine „Troika“, wie man es nannte, ein Dreiergespann.

Nachdem sie diese administrative Kontrolle sichergestellt hatten, begannen die Jungs an der Spitze schnell neue Theorien zu entwickeln. Das Scheitern der deutschen Revolution – auf die Lenin gerechnet hatte als den Beginn der notwendigen internationalen Ausweitung der Revolution – 1918/19 und 1923 trieb in der Sowjetunion den Umschwung nach rechts voran. Im Herbst 1924 brachte Stalin die äußerst typische Idee vor: „Wir werden den Sozialismus in Rußland allein aufbauen“. In diesem fürchterlich armen und zerstörten Land sollte irgendwie der Sozialismus aufgebaut werden. Der Ideologe Bucharin fand Gefallen daran. Seine Vorstellung war, daß man den Sozialismus nicht nur in einem einzigen Land aufbauen kann, sondern auch im Schneckentempo, völlig unabhängig vom Weltmarkt und von den wirtschaftlichen und militärischen Gelüsten der Imperialisten. Es war Isolationismus hoch drei.

Es gab eine ganz erhebliche Umgruppierung derjenigen, die dies ablehnten und darauf bestanden, daß das Schicksal der Sowjetunion aufs engste verbunden ist mit internationalen und revolutionären Entwicklungen. Trotzki war einfach die bekannteste Persönlichkeit. Das Ergebnis der 20er Jahre bestand aus Machtmanövern: zuerst die Isolierung und Zurückstufung von Sinowjew und dann schließlich von Bucharin. Doch es war eine Zeit von relativer sozialer Freiheit für die Massen, in der die Verwaltung es an der Spitze auskämpfte, und die Stalinfraktion ging siegreich daraus hervor.

Deren Triumph Ende der 20er Jahre erzeugte einen enormen totalitären Würgegriff über die sowjetische Gesellschaft, was sich praktisch auf jedes menschliche Betätigungsfeld erstreckte. (Das einzige, von dem ich denken kann, daß es davon ausgenommen war, ist die Musik. Stalin hat viele Dichter umgebracht, weil er sich ungefähr vorstellen konnte, was die Dichtung bedeutete; wenn es etwas Falsches bedeutete, wurde man eliminiert. Er konnte die Komponisten nie ganz kriegen, denn das war ein bißchen schwer verständlich. Aber er zwang den musikalischen Künstlern eine solche Struktur auf, daß es den bitteren Witz gab, daß nichts veröffentlicht wird, wenn Stalin es nicht pfeifen



L.Y. Leonidow

Lenin und Trotzki unter Delegierten zum 10. Kongreß der Russischen KP im März 1921. Delegierte halfen, den Kronstadt-Aufstand zu zerschlagen, der mit den Konterrevolutionären der Weißen verbündet war

kann.) So hatte sich diese ziemlich hohlköpfige Bürokratie um eine Fraktion herum konsolidiert. Dies gab den Menschewiki und Anarcho-Syndikalisten, die neue Gründe finden wollten, um den russischen Staat abzuschreiben, da er im Grunde kein Arbeiterstaat sei, zusätzliche Impulse.

In Stalins Augen war alles schrecklich schwierig. Zuerst hatte er es mit seinen Verbündeten zu tun, die berühmter waren als er, und er wurde sie los. Dann glaubte seine eigene Fraktion mehr oder weniger an die Doktrin vom Sozialismus in einem Land, so wie sie zuerst formuliert worden war, und sie waren ein wenig idealistisch. Sie fingen an, einen Kerl namens Kirow zu mögen; der wurde 1934 erschossen, was Stalin sehr gelegen kam. Sofort gab er seinen Gegnern die Schuld dafür. 1934 hatte die russische KP den 17. Parteitag, auf dem viele Stimmen nicht für Stalin abgegeben wurden. Die Partei hatte bis 1939 keinen weiteren

Fortgesetzt auf Seite 10

Nikolai Bucharin (Mitte) diente während der 20er Jahre als Stalins ideologischer Scharfmacher gegen die trotzkistische Linke Opposition. (Rechts: Stalins Leutnant Sergo Ordschonikidse)





Victoria and Albert Museum



Preußischer Kulturbesitz

Links: Dorfältesten-Versammlung 1910, Frauen im Hintergrund: Armut, Unterdrückung waren vorherrschend in Rußland. Stalinistisches Dogma des „Sozialismus in einem Land“ verherrlichte Rückständigkeit und verriet internationale Revolution. Rechts: Bolschewiki organisierten Unterricht für Frauen und Männer auf einem Kolchos in den 20er Jahren

Stalinismus...

Fortsetzung von Seite 9

Parteitag, und kaum jemand, der auf dem Parteitag von 1934 gewesen war, war noch am Leben. Die Konsolidierung einer totalitären Bürokratie, die sehr schwächlich und mörderisch war, zusammen mit den weitreichenden, ungeheuren Säuberungsprozessen, bedeutete die Liquidierung der Führungsspitzen von Wirtschaft, Armee und so weiter. Das Ergebnis war die Verurteilung von Millionen Männern und Frauen zu Haftstrafen in Zwangsarbeitslagern, was ein wichtiger Faktor wurde.

Also wurden wieder neue Interpretationen der Sowjetunion gemacht. Zu Beginn des New Deals schrieben zwei Leute namens Berle und Means ein einflußreiches Buch, in dem sie sagten, daß der amerikanische Kapitalismus nicht mehr den Kapitalisten gehört, sondern statt dessen den Managern der amerikanischen Industrie, und die Kapitalisten, denen die Aktien gehören, seien bloß Parasiten. Als eine Beschreibung der alltäglichen Operationen des amerikanischen Kapitalismus eignet sich dies so wie jede andere. Doch wenn es in einer Aktiengesellschaft zum Fraktionskampf kommt, dann lernt man sehr schnell, daß sie nicht den Managern, sondern in Wirklichkeit den Anteilseignern gehört. Aber Shachtman und Burnham in der amerikanischen trotzkistischen Bewegung haben wahrscheinlich von diesem Keim ihre Idee her, daß die Leute, die die sowjetische Gesellschaft leiten, die Eigentümer der Produktionsmittel sind. In Amerika war diese Vorstellung – „bürokratischer Kollektivismus“ genannt – eine ganze Zeit lang bei revisionistischen Elementen vorherrschend. Sie hat nie in England Fuß fassen können, wo verschiedene Formen von staatskapitalistischen Ideen dominierten; daß nämlich der sowjetische Staat selber der einzige Kapitalist sei. Diese Idee hat mich nie gereizt, denn Kapitalismus ist verbunden mit der Entwicklung von Mehrwert, von Ausbeutung; und die Sowjetunion setzte ihre Arbeitskräfte auf der Grundlage von administrativen Entscheidungen ein, und zwar ziemlich unabhängig von möglichen finanziellen Erträgen. Aber bis auf den heutigen Tag denken die gegenwärtigen britischen Zentristen, die linken Kritiker der Labour Party und die Neulinken in der Richtung „Staatskapitalismus“.

Trotzki entwickelte die Analyse der Sowjetunion, daß sie

ein degenerierter Arbeiterstaat ist, in dem die politischen Kommandohöhen von einer Bürokratie erobert worden sind, die von Natur aus instabil und polarisierbar ist. Diese Bürokratie stellte eine Art Brücke dar zwischen der Basis, nämlich der Sowjetunion, die aus der Revolution und dem Bürgerkrieg hervorgegangen war, und einer Serie von Überkommen mit den imperialistischen Mächten. Daher hat Sozialismus in einem Land eine sehr wichtige Folgerung. Wenn Sozialismus in nur einem Land existieren wird, welche Rolle hat dann die Arbeiterklasse in der übrigen Welt? Die Antwort heißt, den Sozialismus in diesem einen Land dadurch zu verteidigen, daß man angeblich freundliche Kapitalisten findet, mit denen man gemeinsame Wahlbündnisse oder Parteien bilden kann, im Gegensatz zu den feindseligen und bösen Kapitalisten, die der Sowjetunion etwas Schlechtes antun wollen. Das ist die Grundidee, die in der amerikanischen Kommunistischen Partei heute immer noch wirkt. Danach gibt es fortschrittliche Demokraten und böse reaktionäre Republikaner.

All dies war ein ganz langsamer Prozeß. Stalin starb, sie kriegten den Halb-Reformer Chruschtschow, persönlich eigentlich ein anständiger Kerl. Er scheint der einzige sowjetische Führer an der Spitze gewesen zu sein, der nicht persönlich in den blutigen Massenterror verwickelt war. Doch vielleicht war er nicht allzu fähig dafür. Zumindest blieb er nicht sehr lange an der Macht, aber er sagte schon ein Stück der Wahrheit über die Vergangenheit. All dies ist natürlich implizit ein starker Beweis dafür, daß die Bürokratie keine besitzende Klasse war und ist. Um zu besitzen, muß man erben können. Aber wenn in Rußland ein Bürokrat von seinem Job gefeuert wird, dann ist es genau wie bei der Ford Motor Company – man ist gefeuert, man ist draußen, und das war's. Hat man Glück, bekommt man schließlich eine sehr kleine Rente, und hat man Pech, wird man als Verräter erschossen. Dies war also keine Klasse, denn sie bot nicht die Vorzüge des Eigentums, die sehr real sind und bis jetzt in jeder Gesellschaft real gewesen sind.

Unter Breschnjew, was man jetzt Stagnationsperiode nennt, lief alles recht gut. Doch es gab keinen wirklichen Terror mehr. Wenn man ein Dissident war, wurde man vielleicht ein bißchen schlecht behandelt, man verlor seinen Job, wurde für ein paar Monate zur Umerziehung weggeschickt, dann kam man wieder zurück, hing in Moskau her-

um und schrieb Samisdat. Im allgemeinen gab es ein allseitiges Abkommen, daß man nach Stalins Abgang, und der Erschießung seines Herkersknechts Berija (der Chef des KGB), als britischer Agent seit 1919, sich dies nicht mehr antun wollte, daß es zu hart war.

Außerdem hatten Veränderungen stattgefunden. Man hatte schon eine Generation von Bürokraten mitgemacht, die anfangen als ziemlich aufgeweckte, ungebildete, ehrgeizige Bauern, die das Wohlwollen ihrer Chefs fanden. Sie gingen ans Werk und arbeiteten hart, doch dann hatten auch sie Kinder – und die Kinder hingen in den großen Zentren des Landes herum, weil sie nicht zurück aufs Land gehen wollten. Sie kriegten einen hohen akademischen Grad an der Moskauer Uni und ähnlichen Instituten. Sie sind die neue Intelligenzia. Und sie schauen auf den Westen, nicht in dem Sinn, daß sie von ihm lernen wollen, sondern um ihn versöhnlich zu stimmen und um Konsumenten zu werden mit einem Haus auf einem Hügel irgendwo bei Los Angeles. Und das erklärt im großen und ganzen die soziale Basis von Jelzin.

Die Russen sind für eine sehr lange Zeit abgeschottet gewesen, und sie sind recht unbedarft. Sie glauben, daß jede Kritik an den USA eine Lüge der Bürokratie ist, weil sie oft belogen worden sind, so wie ihnen auch oft die Wahrheit gesagt worden ist. Sie denken, daß man sich einfach dem Westen anschließen kann. Nun ja, man kann sich dem Westen anschließen, stimmt, wie Brasilien oder Mexiko. Und genau das würde die Weltbourgeoisie gern mit der Sowjetunion machen. Aber sie haben ein Problem: Es war profitabel für die USA, jedes Jahr zig Milliarden Dollar für Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auszugeben, aber niemand will in Rußland Kapital reinstecken, denn die Aussicht, Profit herauszuholen, ist sehr ungewiß. Daher fließt nach ganz Osteuropa sehr wenig Geld, außer daß die Deutschen eine Infrastruktur in Ostdeutschland instandsetzen und wiederherstellen, nachdem sie seine industrielle Basis zerstört haben. Und wenn die Polen kein Geld kriegen können, dann wird es auch für die Russen nicht so einfach sein.

Die osteuropäischen Länder sind jetzt neokapitalistisch ohne Kapital. Es spielt keine Rolle, daß sie es nicht geschafft haben, irgendwelche Fabriken zu entstaatlichen, weil niemand irgend etwas kaufen will – die Kapazitäten der Industrie sind nicht besonders gut, und außerdem ist es eine stürmische Gegend. Aber Rußland hatte eine eigene proletarische Revolution. Das historische Gedächtnis des Proletariats ist in schlechtem Zustand, aber nicht völlig ausgelöscht. Stalin schuf das Stachanow-Programm, bei dem man angeblich danach bezahlt wurde, wie hart man arbeitet. Die Vorstellung von Gleichheit ist im sowjetischen System ein bestimmendes Gefühl bei großen Massen. Für sie bedeutet die Vorstellung vom Privateigentum an den Produktionsmitteln buchstäblich so etwas wie *reiner Diebstahl*. Das ist also für das russische Proletariat, das jetzt ein viel größerer Teil der sowjetischen Gesellschaft ist, etwas gewesen, das nie ankam. Mittlerweile sammeln die Jelzin-Kräfte schnell jeden, der Ungleichheit und Verelendung für die Massen einführen will und für die wenigen den Status einer Bourgeoisie, die mit dem Westen auf gleicher Stufe steht (ein halbtopisches Ziel). Jelzin ist ein wirklich abscheulicher Charakter, der zum Beispiel zu den antisemitischen Faschisten von Pamjat schon seit langem Beziehungen hat. Seine Hauptkampagne ist die baldige, schnelle und brutale Kapitalisierung der UdSSR, auf Kosten der Teilrepubliken, die außerhalb von Rußland selbst liegen.

Die Sache ist also noch nicht völlig gelaufen in der Sowjetunion. Am 74. Jahrestag der Oktoberrevolution begann die Arbeiterklasse, in Mißachtung der Behörden und ohne offizielle Genehmigung, ihren Kopf zu erheben und Forde-

rungen aufzustellen. Nicht alle waren sehr appetitlich, denn es gibt einige Nationalisten, die den Juden für alles die Schuld geben wollen, auch für die Wall Street. Aber es gibt auch einige Internationalisten: als wir also intervenieren, als wir Ärger kriegen mit einigen Leuten, die uns verprügeln wollen, gibt es auch immer Gruppen, die kommen und uns verteidigen. Besonders die Mobilisierung in Moskau war sehr groß, rund 90 000 Menschen. Und dies trotz der Drohungen von Popow, dem liberalen Bürgermeister von Moskau, der noch bis wenige Stunden vor der Demonstration gesagt hat, daß er sie nicht zulassen werde.

Es ist ziemlich wichtig, die sowjetische Arbeiterklasse in Aktion zu bringen, und zwar in einer zutiefst politischen und bolschewistischen Richtung. Es geht nicht um rein ökonomische Fragen: einen besseren Abschluß der Gewerkschaft, um vom Management ein paar Rubel mehr zu kriegen. Denn offensichtlich – und das ist auch für die Russen offensichtlich – steht das Schicksal des ganzen Landes auf dem Spiel. Während die früheren Leute, die Gorbatschow ernannte, Liberale waren, waren die späteren eher konservativ, und sie spalteten sich ab und versuchten im letzten August, einen Putsch durchzuführen, was ein katastrophaler, isolierter Fehlschlag war. Sie kehrten der Arbeiterklasse den Rücken, und der Putsch brach zusammen. Aber die Jelzin-Anhänger haben noch nicht die vollständige Kontrolle. Wir haben es nicht mit einer totalitären Bürokratie zu tun, sondern mit einer zerfallenen. Es gibt alle möglichen bürokratischen Hindernisse, während gleichzeitig sehr zwielichtige Unternehmer unsere Sachen drucken werden – wie auch sonst alles –, für eine ganz erhebliche Menge Dollar.

Es gibt eine Öffnung für uns; die Polizei pocht nicht an deine Tür. Wir wollen dies sehr stark ausnutzen gegen diejenigen, die die Restauration des Kapitalismus betreiben, und wollen uns am Kampf beteiligen unter denjenigen, die gegen die Kräfte einer kapitalistischen Restauration sind, und gegen diejenigen, die wie die großrussischen Chauvinisten an Mütterchen Rußland glauben, an „Schlagt den Jid“ und an die Unterdrückung der Teilrepubliken. Wir finden eine beträchtliche Basis von Unterstützung für unsere Position für eine leninistisch-trozkistische Partei, das heißt für eine politische Revolution in der Sowjetunion. ■

**Бюллетень
Спартакосцев № 1 (2)
декабрь-февраль
1991-92 гг.**

В этом издании:

Дадим бой реакционной
отраве антисемитизма!

Спартакосцевская Группа
Польши создана

Защита Кубы –
интернационали-
стический долг

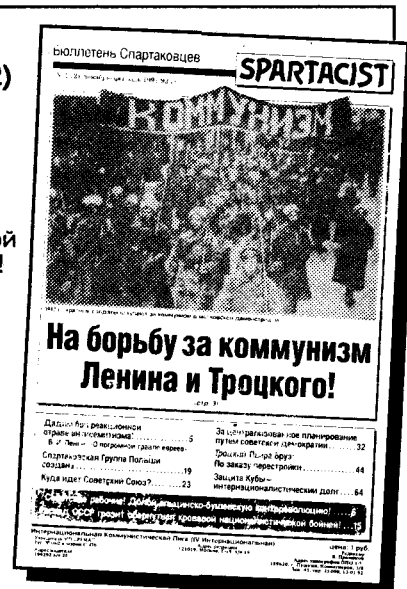
Цена: 1 руб.
или эквивалент
в другой валюте

1 Rubel, DM 1,–
oder jede beliebige
andere Währung

Наш адрес:

SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Спартакосцев/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19



Interview mit sowjetischen Frauen

Die bolschewistische Revolution hat für die Frauen Gleichheit vor dem Gesetz gebracht und setzte sich für deren vollständige Emanzipation ein. Es wurden besonders Anstrengungen unternommen, um die Institution der Familie durch Vergesellschaftung von Kinderbetreuung und Hausarbeit zu ersetzen. Wenn auch die stalinistische Degeneration der Revolution später viele der sozialen Errungenschaften, die Frauen in der Sowjetunion erreicht hatten, unterminiert oder rückgängig gemacht hat, so sind kostenlose Kinderbetreuung, kostenlose Abtreibung und kostenlose Ausbildung von den sowjetischen Frauen schon seit langem als ihr Recht angesehen worden. Die drohende Konterrevolution von Jelzin gegen die noch übriggebliebenen Errungenschaften des Oktober würden Massenarbeitslosigkeit und Kettung an den Haushalt für diese Frauen bedeuten.

Am 31. Oktober 1991 hat Women and Revolution (die Zeitung der Kommission für Frauenfragen des ZK der SL/ U.S., der amerikanischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga [Vierte Internationalisten]) mit zwei sowjetischen werktätigen Frauen ein Gespräch geführt: Tania, deren Großonkel ein Bolschewik war, arbeitet in einem technischen Zeichenbüro und ist eine Unterstützerin der IKL; Ludmila ist eine Künstlerin und nimmt regelmäßig an der Menschenkette zur Verteidigung des Lenin-Museums teil. Sie sprachen über die widersprüchlichen Erfahrungen für Frauen unter dem Stalinismus, von den enormen Verschlechterungen der sozialen Verhältnisse, die Arbeiter und Frauen bereits unter Gorbatschow und Jelzin erleiden mußten, und ihrem lebenslangen Engagement für ihre kommunistischen Überzeugungen. Im folgenden drucken wir eine überarbeitete Übersetzung unserer Diskussion mit ihnen aus Women and Revolution Nr. 40, Winter 1991/92 in leicht gekürzter Fassung ab.

W&R: Erzählt uns etwas über die Situation von Arbeiterinnen und über die Arbeiterklasse im allgemeinen.

Tania: Eine Frau wird hier acht bis neun Stunden täglich durch ihre Arbeit in Anspruch genommen. Wenn sie morgens um sieben zur Arbeit geht, dann kommt sie zumeist um sieben am Abend wieder nach Hause. Ich bin Mutter zweier Töchter und ich sehe sie praktisch nie. Auch nur die Lebensmittel zu besorgen, verschlingt enorme Zeit. Nach 19 Uhr gibt es in den Läden praktisch nichts mehr außer Mehl. Keine Milch, kein Brot. Womit ich morgen meine Kinder ernähren werde, weiß ich wirklich nicht.

Bei der Arbeit bin ich total übermüdet. Unsere Industrien sind völlig desorganisiert, und es gibt nur sporadisch etwas zu tun. Eine Frau kann in der Industrie nur sehr wenig verdienen, denn alle führenden Positionen sind in der Regel von Männern besetzt. Die breite Masse der Frauen macht die am niedrigsten bezahlte, arbeitsintensivste, anstrengendste und monotonste Arbeit. Unsere Löhne sind im allgemeinen erbärmlich. Wer in einem staatlichen Unternehmen arbeitet, bekommt höchstens 400 Rubel im Monat.

W&R: Was bedeutet das im Augenblick?

Tania: Jelzin und Popow sagen, daß das Minimum für jemand, der jetzt in Moskau lebt, 521 Rubel sind. Wir sind nicht sehr viel besser dran als die Arbeitslosen. Wir haben nicht einmal genug zu essen.

Ich arbeite im Augenblick für eine technische Einrichtung, ein Entwicklungsbüro. Wir haben eine ganze Menge hochqualifizierter Leute, auch Frauen. Man sagt uns bei der Arbeit: Wer bittet euch eigentlich zu bleiben? Los, geht doch nach Hause, macht die Wäsche, macht sauber, näht, bleibt zu Hause. Lebt von euren Ehemännern. Der Zustand der Industrie in diesem Land ist so miserabel, daß es keinen

Bedarf mehr gibt für Frauenhände, ihre Köpfe und ihren Verstand – sie werden einfach nicht gebraucht. Es gibt kaum genug Arbeitsplätze für die Männer. Sollen also diese Frauen jetzt nach Hause gehen, Socken stricken und Pirogen backen?

Bei der Arbeit drehen sich die Gespräche nur darum, wie und wo man Lebensmittel herbekommt. Wir haben immer noch unsere Flüsterpropaganda. Wir funktionieren wie eine Art Informationsnetz: dieses oder jenes Unternehmen ist geschlossen, du mußt pünktlich bei der Arbeit sein, darfst erst zur vorgeschriebenen Zeit gehen, du kannst während der Arbeitszeit nichts machen.

Aber es ist hier nicht immer so gewesen. Es muß betont werden, daß all dies '87 begonnen hat. Ich glaube, daß das, was die Frauen in unserem Land unter Jelzin erwartet, eine drastische Verschlechterung ihrer Situation sein wird. Gerade jetzt, im Übergang zu einem anderen wirtschaftlichen System, sind wir mit der Tatsache konfrontiert, daß sie Massenentlassungen vorbereiten, und es werden die Frauen sein, die als erste rausgeschmissen werden.

Jelzin plant die Auflösung der Kolchosen, wo die Mehrheit der Werktätigen Frauen sind. Was sie dann machen werden, wohin sie dann gehen werden, niemand weiß das. Auch wenn es harte Arbeit war, sie konnten sie machen und jeder der es wollte, hatte das Recht dazu, dort zu arbeiten. Was werden sie jetzt tun, wird man ihnen etwas Land verpachten, werden sie das Geld haben, um Geräte kaufen zu können oder Vieh, um es selber zu mästen?

W&R: Um den Frauen die Möglichkeiten zu schaffen, uneingeschränkt in der Gesellschaft mitbestimmen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau zu beseitigen. Das Programm der Bolschewiki beinhaltete auch die Ersetzung der Familie durch Einrichtungen der vergesellschafteten Kinderbetreuung und andere Maßnahmen. Natürlich gibt es einen Widerspruch zwischen dem Programm der Bolschewiki und der weiteren Entwicklung der Frauenfrage in der Sowjetunion unter Stalin.

Ludmila: Nach der bolschewistischen Revolution wurden den Frauen sehr große Möglichkeiten geboten. Sie konnten genauso wie Männer die Schule besuchen und die gleiche Art von Ausbildung bekommen. Verheiratete Frauen konnten auch jede Arbeit bekommen, für die sie die notwendigen Fertigkeiten besaßen. Der Staat half ihnen mit aller sozialer Unterstützung, ihre Kinder aufzuziehen.

W&R: Könnt ihr uns etwas über Abtreibung erzählen?

Ludmila: Die Oktoberrevolution garantierte Frauen das Recht auf Abtreibung, aber Stalin hat ihnen dies 1936 verboten, und sie war erst nach Stalins Tod wieder erlaubt. Unter Breschnjew gab es einige wohlbekannte Probleme. Ärzte pflegten den Frauen Abtreibungen wieder auszuführen, besonders verheirateten Frauen. Es wurde als Pflicht für Frauen angesehen, Kinder in die Welt zu setzen, egal ob sie dies wollten oder nicht. Als ich 20 war, habe ich nur deshalb eine Abtreibung bekommen, weil mein Mann und ich nicht offiziell verheiratet waren. Abtreibungen waren ziemlich billig; man mußte nur fünf Rubel dafür bezahlen.

Aber seitdem ist der Preis dafür regelmäßig jedes Jahr erhöht worden. Im Augenblick sind Operationen immer noch erlaubt, aber die Ärzte in Frauenkliniken versuchen, es jungen Frauen auszureden, indem sie ihnen einreden, daß sie dann keine Kinder mehr bekommen könnten, obwohl dies nicht stimmt.

W&R: Ist es hier in der Sowjetunion schwierig, Verhütungsmittel zu bekommen?

Tania: Wir haben in den Gesundheitszentren für Frauen nie Informationen über Verhütungsmittel bekommen. Ich bin mir nicht sicher, ob dies bewußt geschah oder aus Mangel an Qualifikation. Kondome werden nur zu sehr hohen Preisen auf dem freien Markt verkauft. Es gibt nur eine Methode, mit der Frauen die Empfängnis verhüten können. Es gibt eine Tabelle, mit der man die sicheren Tage berechnen kann, an denen eine Frau nicht schwanger werden kann. Insgesamt gibt es nur rund fünf gefährliche Tage. Während einer ganz schön langen Zeit haben sie in der Sowjetunion eine fehlerhafte Tabelle verbreitet.

Ludmila: Wie Tania gesagt hat, Frauen leiden als erste unter dem allgemeinen Zusammenbruch der Wirtschaft; so gibt es jetzt vor allem viel mehr Heiraten aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, als es früher üblich war. Vor 1987 hatten wir eine kostenlose medizinische Versorgung, wir hatten kostenlose Ausbildung, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen. Jetzt planen sie, Wohnungen für Unsummen zu privatisieren, und es gibt einen Anstieg der Zahl extrem teurer Organisationen. Es ist kompliziert, Zugang zu ihnen zu finden, aufgrund der Art und Weise, in der die Gesellschaft eine Differenzierung zwischen den „Besitzenden“ und den „Habenichtsen“ durchläuft.

Immer häufiger gibt es Fälle, in denen eine Frau keine Abtreibung bekommen kann: entweder hat sie kein Geld, oder jemand redet es ihr aus. Früher waren solche Fälle praktisch unbekannt, aber jetzt findet man oft ermordete Babys. Wenn sie soweit gehen und die Abtreibung überhaupt verbieten (was passieren kann, besonders weil die russisch-orthodoxe Kirche Abtreibung verbietet), kann es sein, daß die Zahl solcher Fälle steigt.

Wenn Jelzin und Gorbatschow einen vollständigen Sieg erringen, werden unsere Kinder nie eine höhere Bildung bekommen. Warum? Der gesamte Studiengang wird 35 000 Rubel kosten, die im voraus bezahlt werden müssen. Für eine mittlere Kunstakademie wollen sie eine Gebühr von 10 000 für vier Jahre erheben. So werden unsere Kinder nicht in der Lage sein zu studieren, und das obwohl die Sowjetmacht kostenlose Ausbildung geboten hat.

Tania: Eine Ausbildung an einer juristischen Fakultät wird nach den jetzigen Schätzungen 50 000 bis 70 000 kosten. Ein normaler Mensch, der Geld durch seine eigenen Hände, seine eigene Arbeit verdient, nicht durch die Ausbeutung von Lohnarbeit, kann solche Summen in seinem gesamten Leben nicht verdienen. Unsere Kinder werden nur lesen und schreiben lernen, so wie es vor der Revolution 1917 war. Sie werden nur in der Lage sein, der Oberschicht zu dienen.

Ludmila: Der entscheidende Zeitpunkt war 1987, weil zu der Zeit in unseren Massenmedien die Propaganda für den kapitalistischen Lebensstil begann.

Tania: Seit 1991 hört man es jede Minute im Radio: Wie wir endgültig mit dem Sozialismus gebrochen haben, mit dem Mythos des Kommunismus, wie wir endlich den Kapitalismus aufbauen, wie wir es schon immer gewollt hätten. Und alle Sendungen, an die sich die sowjetische Bevölkerung gewöhnt hatte, sind verschwunden. Wir haben Zensur einer besonders bösartigen Art, würde ich sagen. In jeder Hinsicht genauso schlimm wie zu Stalins Zeit.

Ludmila: Kein einziges prokommunistisches politisches Ereignis findet in den Massenmedien ein Echo, abgesehen von zwei oder drei Zeitungen.

Tania: Zur Zeit des sogenannten Putsches, wie wir ihn nennen, gab es einfach eine Konterrevolution, und zwar eine Jelzin/Gorbatschow/Bush-Konterrevolution nach einem Drehbuch aus dem weißen Haus der USA. Es gab einen Artikel in der *Prawda*, daß Bush über eine direkte Telefonverbindung mit Jelzin über alles informiert war, was in Moskau passierte.



Bolschewiki organisierten Arbeiterfrauen durch die Zeitschrift *Rabotnitsa* (Die Arbeiterfrau). Abgebildet die Redaktion 1917

Ludmila: Wenn sie ihren endgültigen Sieg erreichen, werden wir all die sozialen Leistungen verlieren, die wir ausschließlich der Oktoberrevolution verdanken.

W&R: Die Bolschewiki dachten, daß es die Privatangelegenheit der Frau ist, ob sie verheiratet ist oder nicht. Gibt es hier jetzt irgendwelche Schwierigkeiten mit Scheidungen?

Ludmila: Eine Errungenschaft der Oktoberrevolution war die völlige Freiheit, einen Ehevertrag zu schließen, wie auch, ihn aufzulösen – sofort, wenn es gewünscht wurde. Man brauchte nur seinen Wunsch zu äußern. Jetzt ist die Frist für die Anmeldung einer Heirat hier in der UdSSR auf einen Monat festgesetzt, aber eine Scheidung dauert eine ganze Weile länger. Darüber hinaus ist der Betrag, den man für eine Scheidung bezahlen muß, ständig angestiegen. Eine Scheidung zu bekommen, ist eine ziemlich schwierige Angelegenheit. Es fängt mit einem langen Gerichtsprozeß an, in dem ein Versuch unternommen wird, die beiden Seiten zu versöhnen. Es wird ein Versuch gemacht, um jeden Preis die Familie zu erhalten, egal ob sie unglücklich war oder nicht funktionierte.

Tania: 1982 mußte jede Seite etwa 50 Rubel zahlen. Bis zum 1. April 1991 mußte jede Seite 300 Rubel bezahlen. Was der Betrag heute ist, wissen wir nicht.

Ludmila: Man zahlt eine staatliche Abgabe. Es ist eine Scheidungssteuer. Wenn man das Anwachsen der Macht der orthodoxen Kirche in diesem Land in Betracht zieht, kann man die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sie zur Staatsreligion wird. Es kann sehr wohl passieren als Ergebnis der Stärkung des Einflusses der orthodoxen Kirche, daß nur die kirchlich sanktionierte Ehe anerkannt wird, bei der es kein Scheidungsrecht gibt.

W&R: Die Bolschewiki wandten sich auch gegen die Dis-

Fortgesetzt auf Seite 14

Sowjetische Frauen...

Fortsetzung von Seite 13

kriminierung von Homosexuellen. Sie dachten, daß keine Maßnahmen gegen nicht-traditionelle sexuelle Neigungen unternommen werden sollten. Jetzt existiert Diskriminierung von Homosexuellen.

Ludmila: Lesbierinnen werden nicht bestraft, aber männliche Homosexualität wurde während der Stalin-Ära in das Strafgesetz aufgenommen, und das ist bis heute nicht wieder



Nowosti

Frauen-Fliegerregiment der Roten Armee, mutige „Nacht-hexen“, fügten Nazi-Luftwaffe schwere Schläge zu entfernt worden. Man kann zu bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden.

W&R: Eine sehr wichtige Zeitung der Bolschewiki war *Rabotniza* (Die arbeitende Frau). 1917 waren während der kapitalistischen Reaktion nach den Julitagen die meisten Zeitungen der Bolschewiki verboten, und es war nur möglich, *Rabotniza* herauszugeben, die das Hauptorgan der Bolschewiki wurde. Es gab viele weibliche Organisatoren. Lenin bemerkte in seiner Rede zum zweiten Jahrestag des Oktober, daß die Oktoberrevolution ohne die Hilfe und Unterstützung der Frauen nicht hätte durchgeführt werden können.

Aber man sieht hier ziemlich selten eine Frau in der Politik. Was haltet ihr von der Rolle der Frauen in der Politik?

Tania: Ich arbeite in einer großen Organisation von bis zu 1500 Menschen. Üblicherweise arbeiteten dort eine Menge Frauen. Wir hatten etwa 400, die Kommunisten waren. Von denen waren über 100 Frauen. Also haben die Frauen, allgemein gesprochen, teilgenommen. In unserem Land nehmen Frauen eine aktivere Rolle ein als Männer, wenn es um irgendwelche sozialen Belange geht.

Aber einer Frau werden auf der mittleren Ebene Hindernisse in den Weg gestellt. Bei ihrer Arbeit spielt sie eine aktive Rolle, aber sie wird einfach nicht weiter aufsteigen. Die wichtigeren Positionen, was wir die Sahne nennen, die sind von Männern eingenommen. Sie haben all die Dreckarbeit, all die tägliche Plackerei den Frauen überlassen.

W&R: Natürlich wißt ihr von der heroischen Rolle, die sowjetische Frauen im Zweiten Weltkrieg gespielt haben im Kampf gegen den Faschismus. Unsere Zeitschrift hat über die Fliegerinnen berichtet, die in einem Buch mit dem Titel *Night Witches* beschrieben werden.

Ludmila: Das war das Frauen-Fliegerregiment von Marina Raskowa. Bis 1987 gab es in diesem Land eine Menge von Sendungen darüber. Diese Pilotinnen sind mir seit meiner Kindheit bekannt; sie waren wirklich berühmte Menschen in der Sowjetunion.

W&R: Nach dem Krieg kam eine Zeit der Säuberungen. Sie fingen an, Verleumdungen in Umlauf zu bringen, daß die Frauen, die im Krieg gekämpft haben, Prostituierte gewesen seien. Stalin wollte die Frauen auf ihre untergeordnete Rolle reduzieren. Könnt ihr etwas dazu sagen?

Tania: Zu Stalins Zeit machten sie Filme über den Krieg und ließen den Teil über das Heldentum der Frauen immer heraus. Sie fingen erst an, darüber Filme zu machen, als Stalin bereits tot war. Unter Breschnjew wurden eine Menge Filme gemacht, die die Rolle der Frauen zeigten, die sie im Krieg gespielt haben.

Ludmila: Mir wurde erzählt, daß diese Filme ziemlich nah an der Realität liegen, und Menschen sehen sie sich mit Tränen in den Augen an, weil sie sich an ihre Jugend erinnern. Sie waren im Krieg 16 bis 20 Jahre alt. In dem Alter sind Eindrücke stark einprägend, und sie haben alles mit erstaunlicher Klarheit in Erinnerung behalten. Jetzt sind sie 65 bis 70 Jahre alt, und sie sind in einer ziemlich fürchterlichen Lage. Es ist hart für sie, zu verstehen, was vorgeht.

Tania: Sie stehen vor der Frage, wofür haben wir gekämpft? Die Menschen, die die Welt vor dem Faschismus gerettet haben, sind so weit gebracht worden.

W&R: Was sagen die Leute heutzutage über den Krieg? Ich weiß, daß es jetzt eine Menge Propaganda gibt, daß der Sieg über den Faschismus heute unwichtig ist.

Ludmila: Es gab einen älteren Mann, der seinen Gedanken ausdrückte, daß diejenigen, die im Großen Vaterländischen Krieg starben, sehr glückliche Menschen waren. Er beneidete sie, weil sie wußten, wofür sie ihre Leben gaben. Sterben war ein großes Glück, und man ging wirklich mit diesem Gefühl in die Schlacht.

Jetzt sagen sie Dinge wie: He, alter Mann, wenn du nicht gekämpft hättest, könnten wir jetzt bayrisches Bier trinken. Das ist, was sie zu einem Kriegshelden sagen, einem Veteranen, der Hitler gestoppt hat! Sie kehren die Tatsache, daß er gewonnen hat, in eine Anschuldigung gegen ihn um! Siehst du, wenn dieser Sieg nicht geschehen wäre, würden wir jetzt gut leben, wir wären eine deutsche Kolonie.

Es ist eine ganz bestimmte Art von Leuten, die so reden. In der Regel sind es die ganz jungen Leute, diejenigen, die am stärksten von der imperialistischen Propaganda beeinflusst sind. Es sind diejenigen, die plötzlich entschieden haben, daß das Leben unter dem Sozialismus mit kostenloser Ausbildung, kostenloser Gesundheitsfürsorge und kostenlosem Wohnraum miserabel war (so ihre Erklärung). Und wenn sie nur unter dem Kapitalismus leben könnten, wäre das Leben phantastisch.

Ich weiß nicht, welchen Preis sie bereit sind zu zahlen, um zu diesem schönen Leben zu kommen. Vielleicht sind sie darauf vorbereitet, Mafiosi zu werden und Geld zu stehlen, oder einfach Leute auszurauben. Darum ist die kriminelle Aktivität hier so viel stärker geworden.

W&R: Es gibt hier eine enorme Bedrohung durch die Konterrevolution, aber diese Frage ist noch nicht entschieden. Zum Beispiel, wenn es hier schon Faschismus gäbe, hätten wir viel größere Schwierigkeiten, uns mit euch zu treffen. Die Frage ist die der Führung. Wir versuchen, hier eine trotzkistische Partei aufzubauen. Es ist möglich und lebenswichtig zu kämpfen.

Ludmila: Wir haben jetzt eine faschistische Organisation hier in Rußland, Pamjat. Im Moment haben sie eine geringe Zahl von Mitgliedern, aber sie verkaufen ungehindert ihre Literatur in der Metro. Es ist fürchterlich beschämend, und es wird natürlich kein Gesetz zur Unterdrückung des Fa-

schismus erlassen, weil alle Gesetze, die in dieser Zeit in unserem Land verabschiedet werden, Gesetze zur Unterdrückung des Kommunismus sind.

Gegenwärtig gibt es keine Versuche, die Stellungnahmen von Pamjat auseinanderzunehmen, weder in der Presse noch im Fernsehen. Alle halten einfach den Mund. So als ob es sich hier um eine völlig unbedeutende Gruppe von Leuten handelte, die einfach ihre eigenen Ansichten haben, und nicht mehr.

Vielleicht sollte man es einfach puren russischen Nationalismus nennen, was Jelzin im Moment verbreitet. Aber ihr müßt einfach aufpassen, was dieser Typ sagt: es ist immer nur Russen, Russen, Russen. Von dort ist es überhaupt nicht weit bis zum russischen Faschismus. Jelzin war der erste, der Pamjat anerkannte, bevor er Präsident wurde.

W&R: Wir müssen zu einer Mobilisierung der Arbeiter und Nationalitäten gegen Pamjat aufrufen. Es ist beschämend, daß Pamjat in Leningrad, der Heldenstadt, am 7. November demonstrieren will. In Leningrad! Wir brauchen eine Partei, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen. Jetzt, solange es noch wenige sind.

Ludmila: Was schlecht ist, ist, daß die Masse der Bevölkerung nicht glaubt, daß es Faschismus ist. Vielleicht wollen sie es nicht sehen. Sie sagen: Wie kann das sein, wieso kann hier Faschismus sein, wenn wir den Faschismus bekämpft haben? Das ist eine sehr gefährliche Position.

Die patriotische Strömung existiert hier. Das sind diejenigen, die das große, unteilbare und mächtige Rußland und die Errichtung eines solchen Staates über alles andere stellen. Ihre Positionen sind denen der Faschisten sehr ähnlich. Sie gehen gegen die Demokraten vor. Aber wir haben den Eindruck, wenn die Demokraten ihnen dieses große, unteilbare und mächtige Rußland versprechen, werden die Patrioten zu allem bereit sein.

Wie 1933 in Deutschland erscheinen einem sehr großen Teil der prokommunistischen Intelligenz die Verkündungen der Patrioten so abstoßend, daß sie nur Gelächter provozieren. Aber man muß sich bewußt sein, daß dies eine sehr große Gefahr ist.

Es ist ziemlich klar, daß sich jetzt in Moskau eine Art selbsternannter Bürgerwehr bildet, zusammengestellt aus Jugendlichen. Gegen Bezahlung. Sie wird eine Art schnelle Eingreiftruppe sein gegen alle Demonstrationen, Streiks und Versammlungen, die stattfinden.

W&R: Wir begrüßten es, als die Rote Armee nach Afghanistan ging, weil die Rote Armee gegen die Mujaheddin kämpfte, gegen die Reaktionäre, die die Frauen versklaven wollten, und weil sie die Grenzen der Sowjetunion verteidigte. Weiß man in der Sowjetunion, was die Lage der Frauen in Afghanistan ist? Ist bekannt, daß sie den Schleier tragen müssen?

Ludmila: Es gab immer ein breites Bewußtsein, was die Situation der Frauen im Osten angeht. Aber wieder, seit dem Anfang der Perestroika haben sie aufgehört, darüber zu reden. Deswegen, als die Armeen nach Afghanistan gingen, hörten sofort die Diskussionen über die Lage der Frauen auf.

Tania: Die Propaganda sagt nur, daß wir ein fremdes Land besetzt hätten, daß wir unsere Kinder dorthin zum Sterben geschickt haben. Sie haben uns nichts über die Frauen erzählt, oder über die Kinder.

Ludmila: Wir haben verstanden, daß sie ihre internationalistische Pflicht taten. Aber davon abgesehen, auf der einen Seite haben sie die Armee hineingeschickt, und auf der anderen erzählten sie uns gleichzeitig, was tun unsere Kinder dort, und wofür sterben sie? Sie spielten also mit den mütterlichen Gefühlen in der Bevölkerung. Und es endete mit der Tatsache, daß die Armee zurückgezogen wurde,

Martha Phillips

(1948–1992)

Dieses Interview wurde von Martha Phillips geführt, einer geliebten und respektierten Genossin, die am 9. Februar starb. Sie war über 20 Jahre lang Spartacistin und arbeitete in der Sowjetunion für den Aufbau einer Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Als eine treue und effektive Kommunistin war ihr ganzes Leben dieser Aufgabe gewidmet. Wir werden ihre Arbeit fortsetzen.



und wir sehen das als einen schlimmen Verrat an den Kommunisten in Afghanistan. Es ist eine Tatsache, daß wir unserer internationalistischen Pflicht nicht bis zum Ende nachgekommen sind, wie wir es hätten tun sollen. Für uns war es ein harter Schlag, als wir über den Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan erfuhren.

W&R: Was wißt ihr über die Situation der Frauen in Zentralasien?

Ludmila: Wir haben gehört, daß es massenhaft Selbstverbrennungen in Turkmenistan gegeben hat aufgrund der harten Lebensbedingungen für die Frauen dort. Es gab Massenproteste gegen ihre Lage und gegen die Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind.

W&R: Vielleicht gibt es etwas, was ihr den Arbeitern und den Arbeiterinnen der Welt und im Westen sagen wollt.

Ludmila: Wir unterstützen das Weltproletariat. Ich bin gelernte Kunstschmiedin und Juwelierin, und ich habe einen Sohn. Meine Lage mag ein wenig besser sein als die Lage anderer Frauen, weil ich durch meine eigene Arbeit den Lebensunterhalt verdienen kann. Meine Ausbildung bekam ich kostenlos, dank der Sowjetmacht.

Mein ganzes Leben hatte ich kommunistische Überzeugungen. Ich bin stolz darauf, und ich habe nicht vor, sie abzulegen, wie es Jelzin und Gorbatschow getan haben. Wir brauchen internationale Solidarität und bitten, daß diese so breit und so mächtig wie möglich gezeigt wird.

Tania: Auch ich war mein ganzes Leben eine Kommunistin, buchstäblich seit dem Kindesalter. So bin ich erzogen worden. Ich identifiziere mich mit den Bolschewiki. Mein Großonkel war einer der Mitglieder des alten WZIK [Allunions-Zentraler Exekutivkomitee]. Ich wurde im Roten Presnja geboren, dem Arbeiterviertel von Moskau. Meine Vorfahren waren alle qualifizierte Facharbeiter. Das waren die Menschen, die mich großgezogen haben, und sie waren die intelligentesten Menschen, mit einem tiefen inneren Verständnis, trotz des Mangels an formaler Bildung.

Ich möchte die Arbeiter der Welt wissen lassen, daß wir hier sind, daß wir nicht alle so sind wie diejenigen, die Gorbatschow und Jelzin unterstützen. Es gibt unter uns hier viele andere. Wir werden alles in unser Macht stehende tun, mit aller Kraft, um dafür zu sorgen, daß weder die Konterrevolution noch der Jelzinismus und auch nicht ihr grundlegender Verrat an der sowjetischen Bevölkerung durchkommt. Wir hoffen, daß wir mit jedem Tag, der vergeht, immer mehr werden; und auch die Presse der Arbeiter muß uns unterstützen.

W&R: Vielen Dank.

DKP sagt: „Bye Bye USSR“ – also tschüs DKP?

Ehemalige K-Gruppe, Erfahrung mit Friedensbewegten (auch Eppelmann), sucht Anschluß. SPD erwünscht.

Kaum zu glauben, aber es ist erst einige wenige Jahre her, daß die DKP stolz verkündete, sie sei der einzige Verbündete der Sowjetunion. Inzwischen hat sie das Land der Oktoberrevolution abgeschrieben. Nach einem kurzen Hoffnungsschimmer in den Augusttagen, als die Sprecher und Sprecherinnen der DKP im vermurksten Putschversuch einiger Bürokraten einen „Ausweg aus der Krise“ sahen, wurden sie von ihrer Partei schnell zurückgepiffen. Jetzt veröffentlicht die *UZ* einen „Abgesang“ nach dem anderen, mit Schlagzeilen über das „endgültige Ende der Sowjetunion“, und die *Kommunistische Korrespondenz* der DKP Berlin/Brandenburg schreibt: „Der Untergang der Sowjetunion als einheitlicher sozialistischer Staat ist besiegelt.“ Die SDAJ verkauft „Bye Bye USSR“ als Broschüre.

Jetzt fragt man sich bei den Sowjetunion-Berichten des Moskauer *UZ*-Korrespondenten, ob er sich einen Job in Jelzins Weißem Haus verschaffen will. Er sorgt sich, ob der „Zerfall der GUS neue Hindernisse errichtet, die westliche Geldgeber abschrecken könnten“. Aber anders als die DKP sind die Imperialisten vom Sieg der Konterrevolution in der UdSSR nicht überzeugt. Jelzin ist bei der Bevölkerung zutiefst verhaßt, die konterrevolutionären „Regierungen“ in der Sowjetunion sind bei weitem nicht stabil.

Entscheidend ist, daß die sowjetischen Arbeiter nicht bereit sind, die kapitalistische „Schockbehandlung“ über sich ergehen zu lassen, die schreckliche Hungersnot und Verelendung, die zu antisemitischen Pogromen und blutigen nationalistischen Bürgerkriegen führen würde. Und viele Soldaten und Offiziere der Roten Armee haben nicht vor, sich spalten und zu Sturmtruppen für die konkurrierenden nationalistischen „Regierungen“ degradieren zu lassen. Heute, in der Stunde der größten Gefahr, brauchen die Arbeitermassen in der Sowjetunion nichts dringender als eine revolutionäre Partei, die für das Programm der proletarischen politischen Revolution kämpft.

Die DKP ist vor dem Geheul der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus“ voll in die Knie gegangen, weil sie den Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie mit dem Ende des Arbeiterstaats gleichsetzt. Während die DKP wie gebannt auf die SED-Überreste starrte, die „Deutschland, einig Vaterland“ schworen, kämpften die Spartakisten mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Die DKP rief dagegen bei der Bundestagswahl zur Wahl der PDS auf, trotz deren Ausverkaufs der DDR.

Die DKP war immer am Gängelband der SED-Bürokratie, mit Blickrichtung fest auf Bonn. Jahrzehntlang lavierte sie zwischen ihren drei Herren – Moskau, Ostberlin und Bonn – und sah ihre Rolle darin, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben und so zur „Entspannung“ beizutragen. Die DKP mästete damit das Trojanische Pferd SPD, das an der Spitze der Konterrevolution in der DDR stand. Jetzt schauen einige PDS-Mitglieder auf die DKP als mögliche linkere Alternative. Doch die bietet einen „Solidaritätspakt“ an: „Darüber nachzudenken sollte sich lohnen, denn so, wie sich die SPD-Spitze gegenwärtig präsentiert, wird sie nicht als Alternative zur CDU/CSU/FDP empfunden“ (*UZ*, 31. Januar). Das ist das Programm der DKP in der Praxis: Die Partei der Engholms, Lafontaines und Raus, der Flüchtlingsabschiebungen, der Verfolgung von Roma und Cinti und der Sammellager, soll eine „Alternative“ zur CDU sein. Nein, danke. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Partei in Worten und Taten.

Die politischen Widersprüche der DKP als politischer Agentur der stalinistischen Bürokratie haben sich mit ihrem Totengesang auf die Sowjetunion aufgelöst. Ihre Kapitulation vor dem Triumph-Geheule der Imperialisten ist der Grund dafür, daß Leute wie Rosenberg jetzt mit offen rassistischen Parolen aufwarten. Da sie nie auf die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gesetzt haben, sehen sie jetzt keine andere Zukunft für ihre Partei, als sich der rassistischen Volksfront der SPD in die Arme zu werfen.

Es gab aber auch empörte Proteste von DKPlern, die, wie in Norderstedt, den Kampf gegen Rassismus nicht über Bord werfen wollen. Einige orientieren sich an den Autonomen oder Gremlizas *konkret*, die mit ihrer ausdrücklichen Arbeiterfeindlichkeit keine Perspektive haben, den Rassismus effektiv zu bekämpfen. Viele DKPler sehen sich durch den Rosenberg-Skandal hauptsächlich in ihren Beziehungen zu Grünen und „linkeren“ SPDlern gestört, ihren bevorzugten „Bündnispartnern“.

Aber Eppers und Lafontaines Programm der „Entspannung“ (für das DKP-Ordner in den 80er Jahren die „Friedens“-demos in Bonn organisierten) setzt sich mit der Konterrevolution in Osteuropa jetzt durch – das Ergebnis sind Massenarbeitslosigkeit in der Ex-DDR, imperialistischer Massenmord im Irak und die drohende Hungersnot der Werktätigen in der Sowjetunion. Jetzt ruft Lafontaine dazu auf, die NATO unter Führung des Vierten Reichs bis zum Amur auszuweiten. Doch unberührt davon fordert die DKP immer noch im Stil Genschers und Gansels die Sowjetunion auf, „alle Atomwaffen abzuschaffen, bevor sie die Menschheit abschaffen“.

Der ehemalige *ND*-Redakteur Klaus Steiniger bietet „Drei Gründe für den Beitritt zur DKP“ (*UZ*, 31. Januar) an, von der er meint, daß sie „die Idee des Sozialismus hochhält“. Wir kennen Steiniger von seiner *ND*-Polemik gegen „rote Seifenblasen“ der Spartakisten. Jetzt ist er selbst bei der nostalgischen Suche nach Seifenblasen bei der DKP fündig geworden. So lobt Steiniger (der auch die UdSSR aufgegeben hat) die DKP, weil sie „in der Ära des Schleifens von Lenin-Denkmalern“ den „Leninismus nicht aus ‚taktischen‘ oder anpassungspolitischen Gründen über Bord geworfen hat“. Doch wer schleift denn die Lenin-Denkmalern? In erster Linie die von der DKP heiß umschwärmten Hexenjäger der SPD.

Für Steiniger ist es ein Beweis dafür, daß die DKP sich den „Realitäten“ stellt, weil sie „um die Notwendigkeit breiter sozialer und politischer Bündnisse weiß“. Doch Lenins Realitätssinn sah anders aus. Er kämpfte für die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse und baute die bolschewistische Partei im scharfen politischen Kampf gegen Sozialchauvinisten wie Kautsky auf – der noch meilenweit entfernt war von den Engholms und Lafontaines.

Aber auch DKP/SDAJ sorgen sich um den „immer weiteren Rechtstrend der Sozialdemokratie in den entwickelten kapitalistischen Ländern“ („Bye Bye USSR“). Doch die DKP ist mitten im Sog dieses konterrevolutionären „Rechtstrends“. So antwortet sie auf die SPD-geführte Stasi-Hexenjagd mit der Klage über Honeckers „fehlende Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit“. Dann verwundert es nicht, daß die DKP sich bei keiner der vom Komitee für soziale Verteidigung und der SpAD initiierten Einheitsfrontdemonstrationen zur Verteidigung von Honecker, Markus Wolf und Mielke vor dem Moabiter Knast blicken ließ.

Der langjährige DKP-Theoretiker und Herausgeber der *Marxistischen Blätter*, Robert Steigerwald, fragt sich, wie es kommen konnte, daß die „Partei, die den Oktober vollbrachte, jetzt sang- und klanglos abgetreten“ ist. Nun, die

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

phal. Strom gibt es in den Städten nur sechs Stunden am Tag, und vier Stunden auf dem Land. Die Betriebe haben aufgehört zu arbeiten. Nur für Bäckereien und Krankenhäuser gibt es noch Energie. Kindergärten bleiben geschlossen.“

In verschiedenen sowjetischen Städten ist es schon zu blutigen Auseinandersetzungen um Lebensmittel gekommen. In Taschkent, der Hauptstadt von Usbekistan, hat die Polizei auf Tausende von Studenten das Feuer eröffnet, die auf den Präsidentenpalast marschierten; es gab mehrere Tote. Vor einer Woche haben Käufer in Stawropol Schaufensterscheiben eingeschlagen aus Protest gegen völlig unbezahlbare Wurstpreise – ein Kilo kostet jetzt bis zu einem durchschnittlichen Monatslohn eines Arbeiters. Wütende Proteste gegen den Milchpreis brachten in Wladimir die Verantwortlichen dazu, den neuen Preis von sechs auf 1,20 Rubel pro Liter zu senken, was immer noch sehr viel teurer ist als vor zwei Wochen. Spontane Proteste wegen der Lebensmittelversorgung haben sich auch auf Moskau ausgeweitet. Am 12. Januar haben 15 000 Menschen eine Kette gebildet und den Kusnezki Most blockiert, nur wenige Häuserblocks vom Kreml entfernt, nachdem in einem Laden die Milch ausgegangen war – ein Grundnahrungsmittel, das so selten geworden ist, daß viele sich nicht mehr erinnern können, wann sie es zuletzt in den Läden gesehen haben.

Jeljins Regierung hat zunehmend Probleme und wird von vielen immer mehr verachtet. Es ist bezeichnend, daß vor kurzem bei einer Umfrage ein Drittel der Russen meinte, daß die inhaftierten Kreml-Putschisten vom letzten August freigelassen werden sollten. Einer der wichtigsten Verbündeten Jelzins, der Sprecher des russischen Parlaments Ruslan Chasbulatow, hat sich nun der wachsenden Anzahl derer angeschlossen, die den Rücktritt der Regierung fordern, und hat die „unkontrollierten, anarchischen und galoppierenden Preiserhöhungen“ als „völlig sinnlos“ verurteilt. Während Jelzin und der ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk sich in den Haaren darüber liegen, wie man am

besten den lebendigen Organismus der sowjetischen Streitkräfte und besonders der strategischen Schwarzmeerflotte zerstückelt, drückt das Militär offen seine Unzufriedenheit mit allen nationalistischen Regierungen aus.

Am 17. Januar gab es bei einer Versammlung von 5000 Offizieren der Roten Armee im Kreml eine wütende Stimmung, die meisten traten auf für die Beibehaltung einer einzigen Armee und einer einheitlichen Kommandostruktur. Ein junger Marine-Offizier forderte den Rücktritt des Oberkommandierenden Marschall Jewgeni Schaposchnikow, einem führenden Jelzin-Unterstützer im Militär. Ein älterer Leutnant der strategischen Raketentruppen erklärte: „Die Armee sollte kein Spielzeug in den Händen von Politikern sein. Das ist ein Weg zum Bürgerkrieg.“ Ein Offizier, der für die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRP) sprach und forderte, „die Sowjetmacht zu verteidigen, wie es unsere Väter taten“, wurde vom Mikrofon gedrängt und übel zusammengeschlagen.

Organisierte Proteste und Streiks der Arbeiterklasse gegen die Preiserhöhungen könnten die aufgestaute Wut der sowjetischen Bevölkerung umsetzen in Kämpfe, deren Achse das Proletariat ist, und dadurch den Weg öffnen für eine politische Revolution, die die instabilen konterrevolutionären Regierungen wegfegt, die jetzt in Rußland und den anderen Republiken an der Macht sind. Im Januar hat es in Litauen schon einen wochenlangen Streik gegeben, der das Erscheinen der fünf größten Zeitungen in der Republik verhindert hat. Am 13. Januar haben die Bergarbeiter im Kohlenrevier von Karaganda in Kasachstan die Arbeit niedergelegt. Ihre in die falsche Richtung gehende Forderung war jedoch, daß die staatliche Ankaufsstelle für ihre schlechtere Kohle höhere Preise bezahlen soll. Es wird jetzt davon geredet, daß auch die Workuta-Bergarbeiter streiken wollen. Und in Woronesch, einer Stadt, die mehrere hundert Kilometer von Moskau entfernt liegt, drohen Arbeiter mit Streikaktionen, wenn „bis zum 1. Februar keine Maßnahmen ergriffen werden“.

Die unkontrollierten Preiserhöhungen geben den sowjetischen
Fortgesetzt auf Seite 18

stalinisierte KPdSU hatte mit der Partei der Bolschewiki reichlich wenig zu tun. Stalins Ermordung der gesamten bolschewistischen Führung von 1917, die den Bürgerkrieg überlebte, ging Hand in Hand mit seiner Volksfront-Politik, die nur die Kehrseite des „Sozialismus in einem Land“ ist. Als die KP auf Befehl Stalins die Arbeiter im Spanischen Bürgerkrieg dazu zwang, sich der „Republik“ der Kapitalisten unterzuordnen, fanden gleichzeitig die Moskauer Prozesse statt, wo sich Stalin mit der Ermordung der alten Bolschewiki als verlässlicher Bündnispartner der Bourgeoisie beweisen wollte. Gorbatschow war nur das Schlußkapitel von Jahrzehnten stalinistischen Ausverkaufs.

„Alte Hasen“ wie Steigerwald wissen das natürlich, glauben aber immer noch, Leo Trotzki und den Kampf der Vierten Internationale totsichweigen zu können. Wir Trotzkiisten haben immer darauf bestanden, daß die Sowjetunion nur mit revolutionären Klassenmethoden verteidigt werden kann. 27 Millionen Sowjetbürger sind gestorben, um den Hitler-Faschismus zu zerschlagen. Auf den Bajonetten der Roten Armee entstand die DDR, ein Produkt dieses „Exports der Revolution“. Und mit dem drohenden Untergang der Sowjetunion ist Kuba in größter Gefahr. Die Geldsammlung der DKP für Tanker für Kuba ist ein Akt von Solidarität, aber entscheidend für die Verteidigung Kubas ist der Aufbau einer internationalen revolutionären Führung, anstatt die Sowjetunion abzuschreiben. Unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. haben gegen Jelzins/Gorbatschows Truppenabzug mit der Losung „Ver-

teidigt Kuba!“ demonstriert. Wir nannten ihn eine Vorbereitung für einen US-Angriff und genau wie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan einen Verrat.

Für eine wirklich leninistische Partei!

In „Bye Bye USSR“ stellt Patrik Köbele die Losung auf: „Stoppt die Putschisten – Verhaftet Jelzin“, um sie gleich wieder als „nicht massenverbunden“ zu verwerfen. Doch die Hilflosigkeit einiger Perestroika-Bürokraten, die mehr Angst vor der Mobilisierung der Arbeiter hatten als vor dem Untergang der Sowjetunion, zeigte sich gerade an ihrer Unfähigkeit, Jelzin zum Schweigen zu bringen. Statt dessen hätten entschlossene kommunistische Kader mit Verbindungen zu Moskauer Betrieben die Yuppier-Barrikaden Jelzins weggeräumt. Nicht mit Köbeles (und Jelzins) „Stoppt die Putschisten“, sondern mit der Losung „Nieder mit Jelzins Konterrevolution“ hätten die Arbeiter zur Verteidigung ihrer Errungenschaften mobilisiert werden müssen.

Es kommt darauf an, die erbitterten Kämpfe der Arbeiter zu entschiedenen revolutionären Aktionen zu führen, die auch große Teile der Roten Armee in ihre Reihen ziehen wird. Der Schlüssel dafür ist eine leninistische Partei, die den Arbeiterstaat Sowjetunion verteidigt durch die proletarische politische Revolution, die Jelzin stürzt und die Macht für wirkliche Arbeitersowjets zurückerkämpft, wie sie 1917 unter Lenin und Trotzki existierten. Dafür kämpft die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) in der Sowjetunion. ■

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 17

schen Werktätigen einen Vorgeschmack darauf, was die Wiederherstellung des Kapitalismus bedeutet. Es ist jetzt für ein durchschnittliches Paar von Werktätigen praktisch unmöglich, ihre Familie zu ernähren, und bei vielen Artikeln sind die Preise auch nach dem Ukas vom 2. Januar noch weiter angestiegen. Der bewußt inszenierte freie Fall des Rubels bedeutet, daß hart arbeitende Bürger jedes Mal, wenn sie an einem Straßenkiosk vorbeikommen, sich verhöhnt vorkommen durch den Anblick einer einzigen Packung Marlboro, die zum Preis eines Wochenlohns verkauft wird.

Entschiedene und disziplinierte Aktionen der Arbeiterklasse, um die gehorteten Lebensmittelvorräte den Spekulanten zu entreißen, die Güter auf die Privatmärkte verschieben oder sie in der Hoffnung auf weiter steigende Preise zurückhalten, würden in allen Schichten der Bevölkerung starken Anklang finden. Arbeiterkomitees, die die Nahrungsmittelversorgung unter ihre Kontrolle bringen und für die Verteilung sorgen, könnten die Grundlage legen für wirkliche Arbeitersowjets, die gewählte Vertreter aus allen Betrieben und Unternehmen einbeziehen wie auch Studenten, Rentner und Angestellte. Arbeiterverteidigungsgruppen zum Schutz der Lebensmittellager und Verteilungsstellen könnten den Weg bahnen für die Bildung von Arbeitermilizen, die sich mit prosozialistischen Einheiten der Roten Armee verbünden. Nur dadurch, daß die sowjetische Arbeiterklasse die politische Macht in die eigenen Hände nimmt und die konterrevolutionären „Regierungen“ wegfegt, die sich an der Spitze des angeknacksten bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates unsicher eingenistet haben, kann sie die Katastrophe bekämpfen, der sie jetzt ausgesetzt ist.

In der revolutionären proletarischen Führung liegt der Schlüssel für das Schicksal des sowjetischen Proletariats und des stark angeschlagenen Heimatlandes der Oktoberrevolution. Wenn das Proletariat nicht im eigenen Namen aktiv wird, besteht die Gefahr, daß faschistische und andere antisemitische und nationalistische Demagogen die wachsende Verzweiflung der werktätigen Massen ausnutzen und die Möglichkeiten für Kämpfe abwürgen, indem sie den alten pogromistischen Schlachtruf erheben: „Schlagt den Jid!“ Aber die zahlreichen „kommunistischen“ Überbleibsel der alten herrschenden stalinistischen Partei unterstützen entweder mehr oder weniger direkt die Wiederherstellung des Kapitalismus oder machen gemeinsame Sache mit den großrussischen Chauvinisten, die alles den Juden in die Schuhe

schieben wollen. Dies konnte man anschaulich bei einer Demonstration am 12. Januar sehen, die von der neugegründeten RKR dominiert wurde. Obwohl etwa 15 000 Menschen, viele von ihnen mit roten Fahnen, zusammengekommen waren, um die Preiserhöhungen und die Zerstückelung der Sowjetunion zu verurteilen, haben die Organisatoren der Demonstration nicht nur eine Plattform für reinsten russischen Nationalismus zur Verfügung gestellt, sondern haben es sogar einem organisierten Block von Faschisten und Monarchisten ermöglicht, ungehindert teilzunehmen.

Inmitten dieses konterrevolutionären Durcheinanders kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Schmiedung der Kader einer authentisch leninistischen, multinationalen Avantgarde-Partei. Nur eine Rückkehr zum internationalistischen Weg von Lenin und Trotzki kann ein Programm bieten für den Kampf zur Wiederschmiedung der Sowjetunion auf der Basis der kollektivierten Wirtschaft und kann die konterrevolutionäre Flut zurückdrängen.

Bergarbeiter im Zentrum der Auseinandersetzungen

Seit den massiven Streiks Sommer 1989 im Kusnezker Becken in Westsibirien, im Donezk-Becken im Osten der Ukraine und im Kohlenrevier von Karaganda in Kasachstan sind die Bergarbeiter der kämpferischste Teil des sowjetischen Proletariats gewesen. Da es jedoch keine revolutionäre Führung gibt, haben die Bergarbeiter versucht, ihren Lebensstandard im Rahmen von Gorbatschows Perestroika (d. h. durch marktorientierte „Reformen“) zu verteidigen, wie bei der Forderung, die Bergarbeiterlöhne von den Erträgen ihrer jeweiligen Zechen abhängig zu machen. Als die Versprechen des Gorbatschow-Regimes nicht eingelöst wurden und die Bedingungen sich weiterhin verschlechterten, wurde eine unabhängige Bergarbeitergewerkschaft gegründet mit einer harten Pro-Jelzin-Führung, die unverhüllte Verbindungen zum amerikanischen Imperialismus hat.

Aber jetzt sehen sich die Bergarbeiter gezwungen, auf die Auswirkungen von Jelzins Kurs in Richtung kapitalistische Konterrevolution zu reagieren. Dem Streik in Karaganda ging einer im Dezember voraus, der auf ein Bergwerk beschränkt blieb. Auslöser war, daß viele Bergarbeiter seit zwei Monaten keinen Lohn bekommen hatten. Es war bemerkenswert, daß die Arbeiter zusätzlich zu Lohnforderungen verlangten, daß die privaten Läden der „Kooperativen“ mit ihren Ausbeuterpreisen abgeschafft werden, eine Forderung, die jetzt wieder in einigen Gegenden aufgestellt wird. Aber die Hauptforderung der prokapitalistischen (und Pro-Jelzin-) Führung der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter ist die Erhöhung des Kohlepreises, den die staatlichen Ankaufsstellen zahlen, um die Extraeinnahmen den Bergarbeitern zukommen zu lassen.

Solche fehlgeleiteten Forderungen sind beileibe keine Besonderheit einer einzelnen Gruppe von Bergarbeitern, sondern sie sind angesichts des Auseinanderbrechens der Wirtschaftsbeziehungen und des Aufstiegs von prokapitalistischen Kräften weit verbreitet unter den sowjetischen Arbeitern. Was Karaganda angeht, fördern die örtlichen Bergwerke eine schlechtere Qualität als andere Regionen, besonders im Vergleich zum Kusbass. Nur eine kollektiviert und zentralisierte Wirtschaft würde Kohle mit höheren Förderkosten und geringerer Qualität subventionieren und dadurch die Gleichheit der Einkommen für alle Bergarbeiter gewährleisten. Wenn die Industrieunternehmen die „Freiheit“ haben, zu kaufen, was sie wollen, und Preise selber auszuhandeln, dann werden sie nie genauso viel für schlechtere Karaganda-Kohle wie für bessere Kusbass-Kohle bezahlen.

Die Forderung nach „Arbeiterselbstverwaltung“ der Betriebe im Rahmen einer Marktwirtschaft ist kennzeich-

NEU!

Nr. 40, Winter 1991/92
DM 2,- (48 Seiten)

Englische
Zeitschrift der
Frauenkommission
der Spartacist
League/U.S.

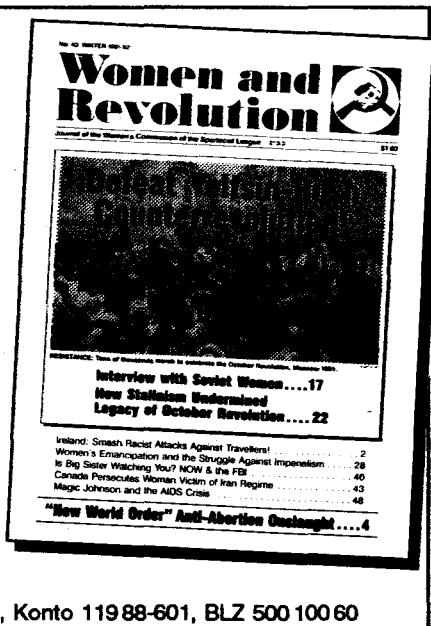
Nr. 40 enthält:
**Magic Johnson
und die Aids-Krise**

Abonniert:
3 Ausgaben DM 7,-
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:

SpAD
Postfach 51 0655
1000 Berlin 51

Postgiro Frankfurt/Main, Konto 11988-601, BLZ 500 100 60



nend für den Sozialdemokraten Boris Kagarlitzki, dessen Rolle es war, den selbsternannten „linken Flügel“ des konterrevolutionären Lagers zu spielen. Besonders jetzt, wo die sowjetische Wirtschaft sich in einem Abwärtsstrudel befindet, würde dies zu gnadenlosem Wettbewerb zwischen den Bergarbeitern der unterschiedlichen Kohlenreviere führen. Mehr noch, wenn die Lakaien von Wall Street und Frankfurt unter der Führung von Jelzin und Krawtschuk Rußland und die Ukraine dem Weltmarkt öffnen, dann wären die sowjetischen Bergarbeiter der Konkurrenz von südafrikanischer Kohle ausgesetzt, die von supraausgebeuteten schwarzen Bergarbeitern gefördert wird, und von Kohle aus hochmechanisierten Tagebau-Betrieben im Westen der USA und aus Australien.

Rosa Luxemburg hat in ihrer klassischen Polemik gegen den sozialdemokratischen Reformismus, *Sozialreform oder Revolution*, erklärt, warum Produktivgenossenschaften (die Entsprechung von „Arbeiterselbstverwaltung“) unter dem Kapitalismus immer durch die Konkurrenz des Marktes zerstört werden:

„In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder sie zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Arbeitsmarktes heranzuziehen oder sie abzustößen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.“

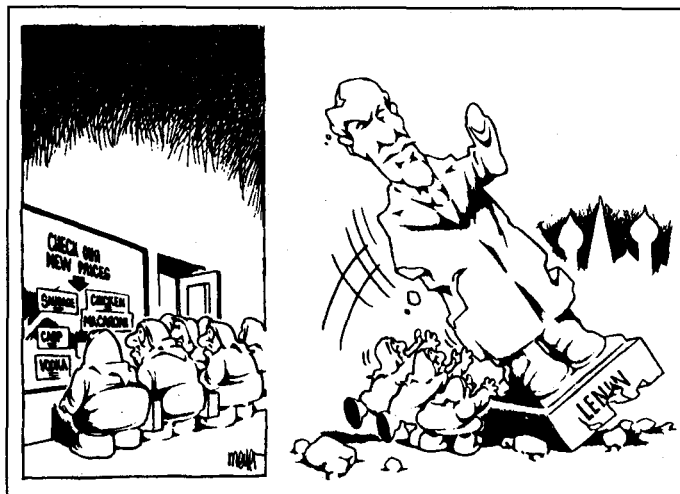
Der Ausweg für die sowjetische Arbeiterklasse, der jetzt die kapitalistische Konterrevolution droht, liegt nicht in der Selbstverwaltung auf Unternehmensebene oder in Konzepten zur Gewinnbeteiligung. Der Weg vorwärts ist vielmehr, die Kräfte der Konterrevolution zu *besiegen*, um die kollektivierte Wirtschaft zu bewahren und mit neuem Leben zu erfüllen auf der Basis von proletarisch-politischer Macht und zentraler Planung. Dies erfordert die Perspektive, auf der ganzen Linie Widerstand gegen die Einführung des Marktes zu leisten und gleichzeitig die internationalistische Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten zu schmieden. Die Taktik, die Arbeiter einer Region oder Nationalität gegen die andere auszuspielen, ist die Methode, mit der die bürgerlichen Kräfte versuchen, das Proletariat zu spalten und zu atomisieren, um jeglichen Arbeiterwiderstand zu zer schlagen.

Armee in Aufruhr

Nicht nur die wirtschaftliche Situation droht Jelzin und seinesgleichen um die Ohren zu fliegen. Die Streitkräfte sind weiterhin die einzige multinationale Institution von Bedeutung in der Sowjetunion, und ihre Existenz ist bedroht dadurch, daß die unterschiedlichen „Regierungen“ der Republiken eifrig dabei sind, die Sowjetunion zu zerstückeln und die Beute aufzuteilen. Ein Kernpunkt der tiefgehenden Interessenunterschiede zwischen den Republiken bleibt der Konflikt zwischen Jelzin und Krawtschuk um die Schwarzmeerflotte. Vor einer Woche hat Jelzin groß getönt,

die Flotte „war, ist und bleibt russisch“. Verhandlungen in der letzten Woche führten zu einem wackligen Kompromiß, nach dem die Flotte Schiff für Schiff aufgeteilt werden soll, wobei die Regierung in Kiew darauf dringt, daß alle Schiffe, die keine Nuklearwaffen tragen, ihr gehören.

Aber der stellvertretende Kommandeur der Luftstreitkräfte, Generaloberst Boris Pjankin, hat gewarnt, daß der



San Francisco Chronicle

Aufschrift auf Schaufenster: „Beachtet unsere neuen Preise“. Ja, zurück zu Lenin und Trotzki!

Disput zwischen Jelzin und Krawtschuk „in den Truppen zu einer gefährlichen Gärung geführt hat“. Der Kommandeur der strategischen Raketentruppen in der Ukraine, Generalmajor Wladimir Baschkirow, hat praktisch Krawtschuk gedroht: „Ich habe in meiner Division mehr Knöpfe als der Präsident, deshalb sollte man bei mir vorsichtig sein.“ Die *Prawda* vom 14. Januar brachte auf der Titelseite eine Stellungnahme der „Offiziersversammlung der Moskauer Garnison“, dem Nachfolger des Politischen Kommissariats, das Jelzin zu verbieten versucht hatte, in der vor dem Auseinanderbrechen der Armee gewarnt wurde.

Weniger als zehn Prozent der Truppen, die in der Ukraine stationiert sind, haben bisher den neuen Treue-Eid auf Kiew geleistet, rund 100 Einheiten haben dies explizit verweigert, und das Krawtschuk-Regime scheint nicht mehr zu seinem Ultimatum zu stehen, alle „unloyalen“ Einheiten bis zum Monatsende auszuweisen. Auch Jelzins vorgeschlagener Treue-Eid auf die russische Regierung kommt nicht viel besser an.

Mehr noch, wenn auch die Soldaten von den gleichen nationalistischen Einflüssen geschüttelt werden, wie die sowjetische Gesellschaft im ganzen, so scheinen doch die Entscheidungen für oder gegen den Treue-Eid nicht aufgrund von nationaler Herkunft getroffen zu werden. Nach allen Berichten bleibt die militärische Hierarchie intakt. Ein Appell einer Fliegerstaffel, der in den Streitkräften zirkuliert, besteht darauf:

„Die Armee ist die Kraft gewesen, die das brudermörderische Gemetzel in Grenzen gehalten hat. Die Politiker der unabhängigen Staaten haben, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen, alles getan, was sie können, damit das nationalistische Klima einen Punkt erreicht, der ihnen die angestrebten politischen und wirtschaftlichen Resultate einbringt und dadurch Männer in Uniform zwingt, an die Macht zu kommen.“

Der Appell schloß mit einer Forderung, „in der Übergangsperiode für einen ununterbrochenen rechtlichen und gesellschaftlichen Schutz von Offizieren und ihren Familien zu sorgen, für Produkte, Lebensmittel, Bezahlung und normale Lebensbedingungen“.

Aber die Lebensbedingungen in der Sowjetunion sind

Fortgesetzt auf Seite 20

Sowetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 19

heute alles andere als „normal“. Die Bedingungen für Offiziere und Mannschaften werden nicht verteidigt werden, wenn die Armee zerstückelt wird, und die sowjetische Armee wird zerstört werden, wenn es den verschiedenen konterrevolutionären Regimen gelingt, die Sowjetunion und ihre vergesellschafteten Grundlagen zu zerstören. Bedroh-



AP

Jelzin mit Patriarch Alexij. Klerikaler Obskurantismus bedeutet großrussischen Chauvinismus, antisemitische Pogrome und Frauenunterdrückung

licherweise, aber nicht überraschend, überlappen sich die Stimmen für die Aufrechterhaltung der militärischen Einheit sehr stark mit denen des russischen Nationalismus, der versucht, einen starken großrussischen (bürgerlichen) Staat zu errichten, der die anderen Republiken dominiert und das „Völkergefängnis“ wiederherstellt, das Lenins Bolschewiki bekämpft und zerschlagen haben. So faßt die stalinistische und russisch-nationalistische *Sowjetskaja Rossija* (14. Januar) ihre Berichterstattung über die Demonstration vom 12. Januar zusammen in der Forderung: „Die Armee, einig und unteilbar“. Dies geht zurück auf die alte zaristische Parole: „Rußland, einig und unteilbar“. Ohne eine kommunistische internationalistische Perspektive kann der Impuls vieler Militärs, die soziale Ordnung und einen starken Staat wiederherzustellen, leicht kanalisiert werden in die Unterdrückung von Arbeiterunruhen.

Wie wir im letzten Monat geschrieben haben: „Das Offizierskorps der Armee ist die einzige verbliebene wirklich multinationale sowjetische Institution. Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist“ (*Spartakist* Nr. 92). Die sowjetische Armee muß zurückkehren zu den internationalistischen Grundlagen, auf denen sie aufgebaut wurde; beispielhaft hierfür ist das Programm ihres Gründers Leo Trotzki.

Stalinistische „Patrioten“ und großrussische Chauvinisten

Bei der Demonstration am 12. Januar jubelte die Menge, als Sprecher die Rückbenennung Leningrads verurteilten und den Rücktritt Jelzins verlangten, und auch, als ein Sprecher des Militärs die Armee dazu aufrief, ihre „verfassungsmäßige Rolle zu übernehmen und die Gewalt in die eigene Hand zu nehmen“. Aber die Organisatoren der Demonstration, die Dachorganisation Werktätiges Moskau/

Werktätiges Rußland, dominiert von der RKRK, machte die Forderung, daß Jelzin kommen und zu der Versammlung sprechen soll, zum zentralen Punkt ihres Demonstrationsaufrufs!

Bei dieser Demo kam alles zusammen, was bei den sogenannten „patriotischen“ Überbleibseln der zusammengebrochenen stalinistischen Bürokratie unappetitlich und rückschrittlich ist. Als Fortsetzung einer Demonstration vom 22. Dezember einberufen, war ihre Hauptforderung: „Laßt die Stimme des Volkes hörbar werden“. Das „Volk“, das ihre Organisatoren dabei im Sinn hatten, waren Leute wie Newsarow, der populistisch-monarchistische Fernsehkommentator, der sich kürzlich mit dem prokapitalistischen „schwarzen Oberst“ Viktor Alksnis zusammengetan hat, um die russisch-nationalistische Partei „Naschi“ („Unseres“) zu gründen. Das Transparent von Naschi hing am Podium, und es waren auch Anhänger von Schirinowskis faschistoider Liberaldemokratischen Partei da. Bei der Demonstration am 22. Dezember konnte Schirinowski sogar vom Podium aus reden.

Im Gegensatz zum großen Aufmarsch am 7. November in Moskau, dem Jahrestag der Revolution, der eine weitverbreitete Stimmung gegen Jelzins Konterrevolution aufgriff, waren die darauffolgenden Demonstrationen wesentlich kleiner und deutlich russisch-nationalistisch geprägt, und Pamjat sowie andere faschistische Gruppen nahmen mit ihrem offen zur Schau getragenen antisemitischen Dreck daran teil. Am 12. Januar gab es sogar einen organisierten Block von mehreren hundert Faschisten und Monarchisten am Rande der Demonstration. Rote Fahnen und Porträts von Lenin (und einige von Stalin) waren zusammen mit zaristischen Bannern und antisemitischen Plakaten zu sehen. Vom Podium wurde ein Aufruf zur „Einheit aller Kräfte von Kommunisten bis Monarchisten“ verbreitet, um „den großen Staat“ zu erhalten. Trotzdem, für viele derjenigen, die auf die Straße gingen, waren die roten Fahnen und die Forderung nach Sowjetmacht nicht einfach Dekoration für ein nationalistisches Programm. Es wurden mehr als 1800 Exemplare von IKL-Literatur an die verkauft, die offen sind für ein authentisch kommunistisches Programm – trotz Einschüchterungsversuchen und Drohungen seitens der Faschisten und Antisemiten, die pöbelnd durch die Menge zogen.

Die stalinistische Bürokratie hat im letzten August eine entscheidende politische Niederlage erlitten, als Jelzins Gegenputsch auf den mißratenen Putschversuch von Konservativen im Kreml folgte. Die Überbleibsel des selbsternannten „patriotischen“ Flügels der Stalinisten haben keine Grundlage für eine eigenständige politische Existenz. Sie haben keine Perspektive, mit der die multinationale sowjetische Arbeiterklasse Jelzin und die anderen konterrevolutionären Regime in den nicht-russischen Republiken stürzen könnte und die Sowjetunion auf der Basis der politischen Herrschaft des Proletariats wieder zusammenfügen könnte. Statt dessen versuchen die stalinistischen „Patrioten“, im Namen des Widerstands gegen westliche Vorherrschaft mit großrussischen Nationalisten der reaktionärsten Sorte gemeinsame Sache zu machen. Wir sehen hier die verkommenste Form der stalinistischen „Volksfrontpolitik“ – einen politischen Block mit Monarchisten und Faschisten.

Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die vor zwei Monaten auf einer Konferenz in Swerdlowsk gegründet worden ist, stellt den größten der diversen „kommunistischen“ Splitter dar, die durch Elemente der zerfallenden stalinistischen Bürokratie abgespalten wurden. Im Gegensatz zur offen sozialdemokratischen Partei der Arbeit (Trud), deren prominentester Sprecher Boris Kagarlitzki ist, und im Gegensatz zur ausdrücklich Gorbatschow-freundlichen Sozialistischen Partei der Arbeit von Roy Medwedew

– die beide die Einführung einer Marktwirtschaft hinnehmen –, behauptet die RKR, prinzipiell gegen die Einführung des Marktes zu sein. Kagarlitzkis Gruppierung nimmt sich ganz offen Neil Kinnocks Labour Party zum Vorbild und fordert „freie Löhne“, die die „freien Preise“ begleiten sollen, während bei der Gründungskonferenz der Sozialistischen Partei der Arbeit im letzten Monat eine Delegation der SPD eingeladen war, den Arbeiterleutnants des Vierten Reichs.

Neben der RKR wird der stalinistische Sumpf noch von der Russischen Partei der Kommunisten (RPK) und der Union der Kommunisten bevölkert, die beide aus der früheren Marxistischen Plattform der KPdSU hervorgegangen sind und die beide, mit Geschwätz über „gemischte Wirtschaft“ und Beibehaltung eines starken staatlichen Sektors, die Einführung des Kapitalismus akzeptieren. Noch eine weitere, kleinere Gruppe ist die Kommunistische All-Unionspartei (B), VKP(B), die sich aus verschiedenen konkurrierenden Organisationen mit dem Namen „Einheit“ (Jedinstwo) zusammensetzt, darunter die von der berüchtigten stalinistischen Apologetin Nina Andrejewa. Die VKP(B) fordert ausdrücklich eine Rückkehr zur Stalin-Ära (wie auch zu den Traditionen des mittelalterlichen Großfürsten des Kiwer Reichs, Alexander Newski!), und ihre Führer verhehlen keineswegs ihren militanten russischen Nationalismus.

Die stalinistische Einheitsfront der Werktätigen (OFT) hat in jeder Hinsicht aufgehört zu existieren, wobei ihr Moskauer Apparat zur RKR übergegangen ist und andere ihrer Unterstützer, wie diejenigen um die Zeitschrift *Kontrargumenti i Fakti*, sich absetzen in dem Versuch, eine „marxistische“ Meinungsbörse zu bilden. Zur Zeit des August-Putsches und Gegenputsches behauptete *KIF*, daß die klägliche „Achterbände“ der Hauptfeind sei, selbst als Jelzin die proimperialistische Konterrevolution anführte.

Was die RKR angeht, so besteht sie hauptsächlich aus dem Kommandanten des Militärbezirks Swerdlowsk, General Albert Makaschow, ein ausgesprochener Antisemit, der bei der russischen Präsidentschaftswahl im letzten Juni mit der offenen Unterstützung der faschistischen Pamjat kandidierte; aus der Leningrader Kommunistischen Initiative, deren Chefideologe Andrej Sergejew zusammen mit Makaschow kandidierte; und aus Viktor Anpilows Zeitung *Molnija* in Moskau. Trotz ihrer orthodox klingenden Verurteilung des Kapitalismus und ihrer Forderung nach der Herrschaft gewählter Arbeitersowjets richtet die RKR ihre Hauptangriffe durchgängig gegen „westliches Kapital“ und zeichnet sich hauptsächlich durch immer offenere Appelle an den russischen Nationalismus aus.

Auf der Gründungskonferenz in Swerdlowsk feierte einer der RKR-Führer die Bolschewiki, weil sie „das Volk zum Kampf gegen diejenigen, die im Februar 1917 Großrußland zerstört haben“, geführt hätten (*KIF*, Januar). Und Sergejew tat letztes Jahr die „Idee des internationalen Kollektivismus“ als überholt ab und fügte hinzu: „Wenn wir weiter daran festhalten, werden wir dem russischen Volk moralischen Schaden zufügen, aber die Idee des russischen oder, wenn man so will, des großrussischen Kollektivismus wird funktionieren.“

In der letzten Zeit ist der russische Nationalismus der RKR, und insbesondere der ihres prominentesten Sprechers, Anpilow, immer deutlicher hervorgetreten. Nach der Ausrufung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ im Dezember versuchte Anpilow, mit den großrussischen Tiraden der rechtsextremen „Demokratischen Partei Rußlands“ von Nikolai Trawkin zu konkurrieren, und rief zu einer „Einheitsfront“ auf, um „die Sowjetunion zu retten“. Früher in dem Monat, bei einer kleinen Demonstration gegen die Preiserhöhungen am 6. Dezember, taten sich Anpilow-Anhänger nicht nur mit Pamjat zusammen, sondern sie

schlugen sich in einer physischen Auseinandersetzung mit anarchistischen Demonstranten auch noch auf die Seite des faschistischen Drecks.

Aber der RKR und den anderen stalinistischen Überbleibseln fehlt der Zusammenhalt, sie werden von ihren inneren Widersprüchen auseinandergerissen werden, wobei die Elemente des rechten Flügels direkt in das Lager der reaktionären Nationalisten übergehen werden. Linksgerichtete Anhänger der RKR haben Anpilows Kapitulation vor dem russischen Nationalismus offen kritisiert und sprechen sogar von einem verschwommenen „internationalistischen Flügel“ in der Organisation. Während all diese Gruppierungen die nationalistische Einheit der Volksfront predigen, ist das, was gebraucht wird, wirkliche *kommunistische* Einheit auf einem konsequent internationalistischen Programm, um die Konterrevolution zu besiegen und um das multinationale sowjetische Proletariat wieder an die politische Macht zu bringen, wie in den Tagen von Lenin und Trotzki.

Für eine unionsweite leninistisch-trozkistische Partei!

Anpilow und seinesgleichen versuchen, die verzweifelten Kämpfe der sowjetischen Massen, die ihren Lebensstandard gegen die Sturmwellen der kapitalistischen Konterrevolution verteidigen wollen, in einen Block mit reaktionärem Nationalismus zu zwingen. Dies ist nicht nur ein hinterhältiges, sondern auch ein gefährliches Spiel, denn die Faschisten, die dadurch Auftrieb bekommen und sich bestätigt sehen, werden ihre früheren, vorgeblich kommunistischen „patriotischen“ Verbündeten genauso gnadenlos verfolgen wie die sowjetischen Arbeiter, Juden und andere Nationalitäten, sollten sie jemals eine Chance bekommen. Ein Artikel der *Prawda* (6. Januar) über die neuen „linken“ Organisationen bemerkte:

„Wenn die linken Parteien die spontanen Proteste der Werktätigen nicht kontrollieren und in einer zivilisierten politischen Weise führen können, kann es zu zwei verschiedenen politischen Entwicklungen kommen: entweder können wir einen vollkommen destruktiven spontanen Aufstand der unteren Schichten haben oder faschistische Herrschaftsmethoden der oberen Schichten. Die Elemente von beidem existieren bereits.“

Der *Prawda*-Autor würde gern eine „zivilisierte“ parlamentarische Opposition in der Art der westeuropäischen Sozialdemokratie oder der französischen Stalinisten sehen. Aber die Konsolidierung der Konterrevolution in der Sowjetunion wird alles andere als zivilisiert ablaufen. Es gibt eine Alternative zu Anarchie oder Faschismus. Das ist die Wiederherstellung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse. Vor einem halben Jahrhundert hat Leo Trotzki vorausgesagt, daß der unvermeidliche Zusammenbruch der Herrschaft der stalinistischen Bürokratie entweder zur blutigen Konterrevolution führen wird oder zur Wiederherstellung tatsächlicher Sowjetdemokratie, wie sie durch die Bolschewistische Revolution 1917 errichtet wurde.

Was benötigt wird, ist eine proletarisch-revolutionäre Führung, die dem elementaren Widerstand der Massen die Ausrichtung auf einen bewußten Kampf für die proletarisch-politische Revolution geben kann. Möglichkeiten für einen Sieg über die Konterrevolution gibt es genug: der Haß auf Jelzin und Konsorten wächst von Tag zu Tag. Unsere Genossen versuchen, den Kern einer neuen bolschewistischen Avantgarde zu schmieden, durch die Umgruppierung all derer, die Kommunisten auf dem Programm des Roten Oktober sein wollen. Für eine gesamt-sowjetische leninistisch-trozkistische Partei, die im Kampf um die Wiederschmiedung der Vierten Internationale aufgebaut wird!

Nach Workers Vanguard Nr. 543, 24. Januar

Stahl und Metall...

Fortsetzung von Seite 24

mit militanten Streiks und Schachtbesetzungen kämpften. Zusätzlich lief (und läuft) eine Urabstimmung in der HBV (Banken), es gibt harte Tarifverhandlungen bei ÖTV, Post, Druck und die laufende Tarifrunde in der übrigen Metallindustrie, bei der Bahn und in der Chemie.

Eingewanderte Arbeiter haben eine strategische Position im Stahl sowie bei Autoindustrie und Bergbau. Stimmzettel für den Stahlstreik wurden in sechs Sprachen gedruckt. Eine bedeutender deutscher Stahlstreik würde große Auswirkungen in ganz Europa, auf die Türkei und die Sowjetunion haben. Deshalb war in NRW SPD-Patriarch Johannes Rau finster entschlossen, einen Arbeitskampf zu verhindern.

Ein Programm für den Sieg und eine revolutionäre Führung

Ein Programm für den Sieg in Stahl und Metall muß darauf basieren, den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokratie zu brechen, um die enorme soziale Macht der IG Metall zu entfesseln. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine der elementarsten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. Stahl- und Metallarbeiter im Osten verdienen, wenn sie noch Arbeit haben, nur 60 Prozent des Westlohns. West-Stahlarbeiter, die im selben Betrieb arbeiten und die gleiche Arbeit wie andere Metaller verrichten, verdienen oft 1,30 D-Mark pro Stunde weniger. Steinkühlers Versprechen, Stahlarbeiter hätten Parität mit Metall gewonnen, ist eine Lüge. Nicht vor nächstem November werden Stahlarbeiter das bekommen, was Metaller heute kriegen, die jetzt in die eigenen Tarifverhandlungen einsteigen. Weg mit der 75-Prozent-Klausel! Zerreißt Steinkühlers Ausverkauf-Tarifabschluß! Diesmal brauchen wir einen *gemeinsamen* Streik von Stahl und ganz Metall, Ost und West, um einen *gemeinsamen* Tarifvertrag zu gewinnen mit *gleichem Lohn für gleiche Arbeit!*

Hunderttausende von Stahl- und Metallarbeitsplätzen wurden im Osten schon zerstört. Doch Hennigsdorfer Stahlwerker zeigten durch ihre 13tägige Besetzung, trotz des Ausverkaufs der IGM-Bonzen, daß sie bereit sind, ihre Existenzgrundlage zu verteidigen und zusammen mit ihren Kollegen im Westen zu streiken. Und nun ist das Walzwerk in Eberswalde besetzt.

In manchen Städten im Ruhrgebiet beträgt die Arbeitslosigkeit 20–30 Prozent, und die Stahlbarone versprechen den Verlust von 6000 weiteren Arbeitsplätzen allein in diesem Jahr. Die Krupp-Übernahme von Hoesch wird weitere 10000 auf die Straße werfen. Im vierten Quartal des „Aufschwung“jahres 1991 wurden 10000 Autoarbeiter entlassen, und 1992 werden noch eine Menge mehr zum Arbeitsamt geschickt werden.

Die kämpferischen Streiks von 1978/79 und 1984 wurden von Stahl- und Metallarbeitern bewußt gegen Entlassungen geführt, für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohn. Aber die 35-Stunden-Woche soll im Westen erst 1995 eingeführt werden, und mittlerweile werden Tausende von Arbeitsplätzen gestrichen, West wie Ost. Die Trotzistische Liga, Vorgängerorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei, forderte in den Streiks 1978/79 und 1984: Die vorhandene Arbeit muß bei vollem Lohn auf alle Hände verteilt werden, zusammen mit dem automatischen Ausgleich der Inflation, *für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit!* Diese Forderungen gelten auch jetzt!

SPD und DGB haben Arbeitskämpfe in Ost und West verhindert und die permanente und wachsende Massenarbeitslosigkeit mitproduziert. Dies ist der fruchtbare Boden für das Anwachsen von Faschismus. Jetzt fachen die Arbeiterbürokraten den Rassismus noch an mit der obszönen

Kampagne von Engholm/Lafontaine/Rau & Co. für „Abschiebungsbeschleunigung“ und KZ-artige „Sammellager“. Aber als Faschisten in Hünxe ein Wohnheim niederbrannten und drei Flüchtlinge ermordeten, mobilisierten am selben Tag 1000 Metall- und Bergarbeiter einen kämpferischen Protest. Die mächtigen Industriegewerkschaften mit ihrem strategischen Bestandteil von eingewanderten Arbeitern können den Nazi-Terror stoppen und die kapitalistische Offensive zurückschlagen, die ihn ausbrütet. Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen! Stoppt die Abschiebungskampagne der „großen Koalition“ von Kohl bis Rau, die besonders Roma im Ruhrgebiet trifft! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Was die Arbeiter im Ruhrgebiet brauchen, ist eine revolutionäre Führung, die ihre Macht wirklich entfesselt. Solch eine Partei hätte für gewählte Streikkomitees beim Stahlstreik gekämpft und eine Siegesstrategie für die Ausweitung des Streiks entwickelt. Die Steinkühlers und Raus werden beiseite geräumt werden beim Kampf, der die Gewerkschaften zu einem revolutionären Machtinstrument der Arbeiterklasse macht.

Deutschland schliddert in die weltweite kapitalistische Rezession, gleichzeitig will die Deutsche Bank die Sowjetunion und Osteuropa in eine Neokolonie verwandeln. Das Gift von Protektionismus und „Klassenfrieden“ der SPD/DBG-Bürokratie dient dazu, angesichts von innerimperialistischen Rivalitäten, der Vorstufe zu einem neuen Weltkrieg, die Arbeiter an die deutsche Bourgeoisie zu fesseln.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft dafür, die bewußtesten Arbeiter – die eingewanderten sowie die hier geborenen – für unser internationalistisches Programm zu gewinnen, um eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse in Deutschland an die Macht führen kann. Unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpfen jetzt in der Sowjetunion, um eine Partei aufzubauen, die die hungernden sowjetischen Arbeiter anführen kann, um Jelzin durch eine proletarisch-politische Revolution zu stürzen. Das würde der Kern für internationale Planwirtschaft sein, in der jede fortschrittliche technische Verbesserung der Produktion zugunsten der Arbeiter eingesetzt wird. Wenn du *gewinnen* willst, kämpfe mit uns zusammen! ■

Verteidigt Kielhorn und Bögelein!

Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein werden in der SPD-Hochburg Hamburg vor Gericht gezerrt, weil sie Antifaschisten aus der DDR sind. Karl Kielhorn war schon von den Nazis über drei Jahre lang eingesperrt worden. Nach dem Krieg war er der Leiter der antifaschistischen Gruppe in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen, wo der Nazi-Militärrichter Kallmerten seinen verdienten Tod fand. Gerhard Bögelein hatte sich während des Krieges zur Roten Armee durchgeschlagen. Er bekämpfte die Grüne Armee – Nazibanden hinter der Front – und enttarnte untergetauchte Nazis.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft dazu auf, gegen die Schauprozesse zu protestieren, die gegen die beiden heldenhaften Antifaschisten geführt werden. Weg mit den Anklagen gegen Kielhorn und Bögelein! Nieder mit dem Schauprozeß des Vierten Reichs! Sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein! Sofortiger Schadenersatz für Kielhorn und Bögelein! Schickt Protestbriefe und -telegramme an das Hamburger Landgericht, Große Strafkammer 22, Richter Diethelm Erdmann, Sievekingsplatz 3, (Strafjustizgebäude), W-2000 Hamburg 36!

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 2

CDU/CSU die Jagd auf Immigranten vorantreibt.

AL und PDS sagen, daß sie die Flüchtlinge unterstützen, aber womit denn? Wenn die Grünen nach Quoten schreien und die PDS mehr Bullen auf den Straßen haben will, dann beteiligen sie sich aktiv an der rassistischen Volksfront und geben ihr eine „linke“ Flankendeckung. Wer Immigranten verteidigen will, muß mit der Sozialdemokratie brechen. Und man muß sich nur erinnern, was der Berliner Senat vor ein, zwei Jahren tat. Damals war er grün/„rot“. Erinnert euch an den Einwanderungsstopp für sowjetische Juden, die nach Israel abgeschoben werden sollen als Kanonenfutter für die israelische Besatzungspolitik in Palästina. Die SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung demonstrierten dagegen unter der Losung „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs“. Und vergeßt nicht den brutalen Polizeiberfall des SPD/AL-Senats auf die Hausbesetzer der Mainzer Straße. Hallenser Jugendliche haben es nicht vergessen. Die Beulen an Mompers Kopf sind der Beweis dafür!

Engholms SPD ist es auch, die die Abschiebekampagne gegen die Flüchtlinge in der Norderstedter Schalom-Kirche anleitet (siehe *Spartakist* Nr. 92, Januar). Jetzt werden diese Flüchtlinge auch vom Kirchenvorstand ganz konkret mit Rausschmiß aus der Kirche bedroht. Doch in Norderstedt gibt es Widerstand: Arbeiter aus einem in der Nähe liegenden Betrieb kamen zur Verteidigung der Flüchtlinge vor faschistischen Angriffen, die es nicht nur im Osten Deutschlands gibt, wie uns die bürgerliche Presse immer wieder vorlügen will. Im Westen sitzen die Kommandozentralen des Nazi-Packs, die die Ver zweiflung und Zerstörung in der Ex-DDR für ihre Völkermord-Parolen ausnutzen wollen.

Die Treuhand, die vom SPDler Rohwedder geleitet wurde, zerstörte die ostdeutsche Industrie und raubte der ostdeutschen Arbeiterklasse ihre Macht. Als Ergebnis steigen die faschistischen Überfälle seit zwei Jahren entsetzlich an. Und zwar genau seit der kapitalistischen Wiedervereinigung, die die Basis legte für das Wachstum der Faschisten. Jüngstes Opfer des rassistischen Terrors war eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka, die in einem Wohnheim im hessischen Lampertheim grausam verbrannte. Die Polizei schob die Schuld auf die „unachtsamen Flüchtlinge“ selbst, obwohl es davor Nazi-Drohungen für die Nacht des 30. Januar, den Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, gegeben hatte und das ganze Gebiet bekannt ist für seine große Anzahl von Brandanschlägen. Hunderte Menschen protestierten in Lampertheim gegen Rassismus und Nazi-Terror.

Die Gewerkschaften haben die Macht, die Flüchtlinge zu verteidigen! An der TU müssen ÖTV und GEW dabei eine wichtige Rolle spielen und ein Bindeglied zu den anderen Gewerkschaften sein! Doch selbst für diese gewerkschaft

liche Mobilisierung und den Aufbau von Verteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten brauchen wir eine revolutionäre Führung, die für die Verteidigung der Flüchtlinge genauso gegen den „offiziellen“ Rassismus von CDU/SPD kämpft wie gegen faschistische Überfälle. Letztendlich ist das Programm, den Faschismus ein für allemal auszurotten, das Programm zum Sturz des Imperialismus. Der Schlüssel dazu ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, die der Volkstribun für alle Unterdrückten sein wird. ■

Familie Eksi...

Fortsetzung von Seite 4

Mutter: Was soll das, das waren fünf Jungen. Wer sollte die Schlägerei angefangen haben? Wer ist tot, mein Sohn oder der andere? Hauptsache, man muß immer richtig denken. Von Anfang an beschuldigt ihn die Polizei. Ich habe gesagt, warum geben Sie die Schuld meinem Sohn?

Tante: Wir wollen Gerechtigkeit haben, als Mensch wollen wir Gerechtigkeit haben. Nicht so behandelt werden, warum denn auch. Wir haben unsere Jahre hier hergegeben. Also, ich bin in meinem eigenen Land ein Fremder. Da nennen sie mich auch Deutsche. Wir haben hier die schlimme Arbeit gemacht, wir sitzen in schlechten Wohnungen, und wir zahlen die gleichen Steuern.

Spartakist: Die SpAD ist für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten, und zwar sofort. Alle, die es geschafft haben, hierherzukommen, sollen die Rechte haben wie alle.

Mutter: Genau, dieselben Rechte. Weil wir auch dasselbe bezahlen müssen. Und alle arbeiten genau wie Deutsche. Deshalb auch dieselben Rechte. Aber hier gibt es das nicht. Du bist immer Ausländer, egal, was du machst, egal, ob du den deutschen Paß hast.

Spartakist: Ja, das ist Betrug, während die Banken die großen Gewinne machen, werden die Arbeiter geschröpft. In Hoyerswerda haben zuerst die Nazis ihren Terror-Überfall gemacht, dann ist die Polizei gekommen und hat die Immigranten genommen und genau das Programm der Nazis ausgeführt. Sie sind weggeführt worden, deportiert worden.

Tante: Aber das ist nicht nur eine Gefahr für uns, sondern auch für Sie, für Deutsche auch. Die behandeln die Leute so schlimm.

Onkel: Wenn sie keine Ausländer finden, schlagen sie auch Deutsche. Mein Arbeitskollege hat das gesagt. Als er sagte, ich bin Deutscher, „ach egal“, hat man ihn geschlagen.

Der Arzt hat gesagt, Mete war schon ganz schwach. Aber sein Herz wollte immer leben, deshalb hat er 18 Tage im Koma überlebt. Das ist ja furchtbar. Und wir verstehen immer noch nicht, wie viele Jahre kriegt der? Und seine zwei Brüder laufen immer noch draußen herum. Das war keine Schlägerei, sondern richtiger Mord. ■

Rachejustiz...

Fortsetzung von Seite 24

Tode verurteilt. Hier ging es um berechnete *Kriegsmaßnahmen* gegen Kriegsverbrecher, die die abscheulichste Massenvernichtung in der Geschichte begangen haben. Als der estnische KZ-Kommandant Karl Linna endlich an die UdSSR ausgeliefert wurde, waren wir mit allem einverstanden, was die sowjetischen Gerichte taten, um ihn zu beseitigen. Die Faschisten haben sechs Millionen Juden, Millionen Slawen und Minderheiten umgebracht. Das Problem ist, daß zu viele dieser Verbrecher entkamen – hauptsächlich in den Westen. Heute sitzen ihre Studenten auf der Richterbank und in den Justizministerien.

Von Anfang an kämpften wir gegen die Enteignungs-

kampagne gegen die PDS und forderten: Weg mit den Anklagen gegen Pohl, Langnitschke und Kaufmann. Doch die PDS jagt mit und lieferte sogar Schatzmeister und Parteisekretär aus. Heute unterstützt *Neues Deutschland* den von den Nazis begonnenen Prozeß gegen Mielke.

Jetzt benutzen Pseudotrotzkisten wie BSA und Arbeitermacht die Urteile gegen die Grenztruppen, um nach Honeckers Blut zu schreien. Sie greifen dazu die SPD-Forderung nach Hexenjagd-„Tribunalen“ auf, die die Bevölkerung, der die Hetze langsam zum Halse raushängt, aufpeitschen soll und die Arbeiter einschüchert. Das Vierte Reich will die Niederlage des Dritten Reichs rächen und jede Erinnerung an den Sieg der Roten Armee und an den daraus entstandenen deformierten Arbeiterstaat DDR zerstören. Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! ■

SPARTAKIST

Ausverkauf durch Rau/Steinkühler Stahl und Metall, Ost und West: Entfesselt Eure Macht!

9. Februar – Die schweren Bataillone der westdeutschen Industrie, die Stahlarbeiter, stimmten zu 87 Prozent für Streik. Sie waren entschlossen und zu einem langen Streik bereit. Die Stimmung in den Betrieben war wütend. Der erste branchenweite Arbeitskampf seit dem 44tägigen Stahl-

Keine Entlassungen! Keine Abschiebungen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

streik von 1978/79 und der wichtigste seit Rheinhausen stand bevor. Im Osten waren die Hennigsdorfer Stahlwerker bereit, in Solidarität mitzustreiken; die Plakate waren schon fertig. Dies wäre der erste gemeinsame Streik in Ost und West gewesen.

Die deutsche Bourgeoisie tönte: Lieber Streik als höhere Löhne, und mobilisierte mit der Drohung von höheren Zinsen sogar ihre „G-7“-Partner, gegen die Stahlarbeiter zu intervenieren. Steinkühlers ursprüngliche Lohnforderung von 10,5 Prozent hätte die steigenden Lebenshaltungskosten und Steuern vielleicht gerade noch ausgeglichen. Aber dann verkündete er, über 10 Prozent wäre unvernünftig – auch ein Messer in den Rücken von ÖTV und HBV, die gerade die eigenen Tarifverhandlungen mit ähnlichen Forderungen eröffnet hatten. Und nachdem dieser „Arbeiterleutnant des Kapitals“ – so beschrieb der amerikanische Marxist Daniel

De Leon die Gewerkschaftsbürokratie – seine Mitgliederbasis bis knapp vor einen Streiks geführt hatte, akzeptierte er das Diktat der Bundesbank: 5,9 Prozent, was real eine Lohnkürzung bedeutet. Am nächsten Morgen gab es im *Handelsblatt* Freude und Erleichterung: „Die Tierbändigung“ hieß eine Karikatur auf der Titelseite. Sie zeigte den schnaubenden Bullen „Arbeitskampf“: Ein Kapitalist hat ihn an den Hörnern gepackt, während die IGM ihn beim Schwanz wieder in den „Stahlindustrie“-Stall schleppt.

Die Bürokraten und Bosse waren in einem tiefen Seufzer der Erleichterung vereint, denn der Kampf hätte nicht nur 130 000 Stahlarbeiter einbezogen, sondern auch die größte Industriegewerkschaft in der neben Japan mächtigsten kapitalistischen Wirtschaft der Welt. Ein Stahlstreik hätte, ausgehend von Hennigsdorf, sofort Solidarität unter Stahlarbeitern im Osten bis Eisenhüttenstadt erwecken können, die von der Vernichtung ihrer Lebensgrundlage bedroht sind. Er hätte einen Strich durch die Offensive der deutschen Bourgeoisie gemacht, die Arbeiterklasse zu atomisieren und ihre Arbeitsplätze im Osten zu vernichten. Und dies zu gleichen Zeit, wo das Finanzkapital mächtige Verdauungsschwierigkeiten hat, nachdem es Ostdeutschland am Stück geschluckt hat. Dazu gab es die Perspektive einer breiteren Front mit den verbundenen Branchen Autoindustrie und Bergbau, dessen Kumpel letztes Jahr für ihre Arbeitsplätze

Fortgesetzt auf Seite 22

Stoppt die SPD-geführte Hexenjagd! Rachejustiz des Vierten Reichs

Die antikommunistische Hexenjagd, von der SPD geführt mit Beihilfe von Grünen/Bündnis 90, hat mit ihrer Hysterie alles und alle erfaßt. Sie wollen Erich Honecker in ihre Krallen kriegen, der jahrelang als Antifaschist in Hitlers Kerkern saß. Bisher konnte er sich den Inquisitoren Limbach (SPD) und Ex-BND-Chef Kinkel entziehen. Bernt Engelmann wird wegen seiner Bücher über die Nazi-Wurzeln des Vierten Reichs verfolgt. Die Stasi-Hetze reicht inzwischen bis zum SPD-Konsistorialrat Stolpe: die Konterrevolution frißt ihre eigenen Kinder.

Am 5. Februar endete der zweite Prozeß gegen DDR-Grenzsoldaten mit Bewährungsstrafen von einem Jahr und neun Monaten bzw. anderthalb Jahren. Im ersten Vergeltungsprozeß, der im Januar endete, wurde der ehemalige Grenzsoldat Ingo Heinrich wegen Totschlags zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie wurden verurteilt, weil sie den Arbeiterstaat DDR verteidigten. Bis heute leben die Mörder von über 20 DDR-Grenzsoldaten unbehelligt im Westen. Wie die Trotzkiistische Liga Deutschlands, Vorgänger der SpAD, im Oktober 1987 in einem *Spartakist*-Extrablatt

schrrieb: Die Mauer „stellt eine Verteidigung der kollektiven Wirtschaft der DDR dar, wenn auch auf eine bürokratische Weise. Deswegen haßt die Bourgeoisie die Mauer, und deswegen verteidigen wir Trotzkiisten sie.“

Nun wird der greise, schwerkranke DDR-Stasi-Chef Erich Mielke vor Gericht geschleppt: dafür greifen sie eine Anklage *aus der Nazizeit* gegen ihn auf – wegen Mordes an zwei berüchtigten Polizisten. Das Komitee für soziale Verteidigung und die SpAD rufen auf zu einer Protestkundgebung vor Beginn des Prozesses gegen Erich Mielke am 10. Februar vor dem Landgericht Berlin: Freiheit für Erich Mielke! Hände weg von Honecker und Markus Wolf! Weg mit den Anklagen und Prozessen gegen DDR-Grenztruppen!

Gegen sowjetische Lager für Nazi-Verbrecher wird gehetzt; Gedenkstätten für KZ-Opfer werden ausgelöscht; ehemaligen DDR-Richtern, die Faschisten verurteilt haben, werden Prozesse gemacht. Jetzt sollen zwei solche Richter vor Gericht, die 1950 in Waldheim Urteile fällten. Damals wurden 3400 Prozesse geführt; nur 32 Nazis wurden zum

Fortgesetzt auf Seite 23